

ARBEITSPROGRAMM 2024

ENTWICKLUNGSPOLITIK IN ZEITEN MULTIPLER
KRISEN UND ZUNEHMENDER POLARISIERUNG

INHALT

VORWORT DES VORSTANDES.....	4
1. EINLEITUNG	5
2. KONTEXTANALYSE: RAHMENBEDINGUNGEN & HERAUSFORDERUNGEN	5
3. GRUNDLAGEN DER ARBEIT	8
3.1 Rollen der AG Globale Verantwortung.....	8
3.2 Strategische Zugänge	8
3.3 Bausteine für Impact	9
4. INSTRUMENTE, STRUKTUREN, ALLIANZEN & PROJEKTE	10
4.1 Instrumente	10
4.1.1 Themenarbeit/Advocacy	10
4.1.2 Interessensvertretung (Lobbying & Kampagne).....	11
4.1.3 Kapazitätsentwicklung.....	11
4.1.4 Presse-, Öffentlichkeits- & Informationsarbeit	11
4.2 Ko-finanzierte Projekte 2024.....	12
4.3 Strukturen des Dachverbands	12
4.3.1 Sekretariat	12
4.3.2 Strukturierte Arbeitsgruppen	13
4.3.3 Weitere Gruppen.....	14
4.4 Allianzen	14
5. UNSERE ANLIEGEN 2024.....	16
5.1 Cluster Politikgestaltung.....	16
5.1.1 „Österreich intensiviert in die Umsetzung der Agenda 2030 und die SDGs durch verstärkte Beteiligung und der Einbindung zivilgesellschaftlicher Expertise.“	16
5.1.2 „Die Qualität der österreichischen und europäischen Entwicklungspolitik wird durch Einbeziehung unserer Expertise gesteigert.“	18
5.1.3 „Entwicklungspolitische Anliegen werden in Regierungs- (Österreich) bzw. Arbeitsprogrammen (EU) abgebildet.“	21
5.1.4 „Internationale Finanzinstitutionen und die OeEB unterstützen entwicklungspolitische Ziele und setzen strenge Umwelt- und Sozialstandards zum Schutz von Projektbeteiligten.“	24
5.2 Cluster Entwicklungsfinanzierung	25
5.2.1 „Entwicklungspolitik wird finanziell abgesichert und auf das 0,7%-Ziel hingeleitet, während die ODA-Statistik verbessert wird.“	25
5.2.2 „Österreichische NRO können ihre Arbeit ungehindert fortführen, ohne durch Antiterrorismusfinanzierungs-Vorschriften beeinträchtigt zu werden.“	27

5.3 Cluster Entwicklungspolitische Themen und Herausforderungen	29
5.3.1 „Österreich überwacht in ausgewählten Politikbereichen die Kohärenz politischer Maßnahmen mit entwicklungspolitischen Zielen.“	29
5.3.2 „Entwicklungspolitische Herausforderungen spiegeln sich verstärkt in Österreichs Engagement für Menschenrechte im Globalen Süden wider“	30
5.3.3 „Österreichs Klima- und Entwicklungspolitik sind besser aufeinander abgestimmt und reagieren auf die Auswirkungen der Klimakrise auf die Menschen im Globalen Süden.“	32
5.3.4 „Annäherung an einen umfassenden Rahmen zu Lokalisierung in der Entwicklungspolitik.“	33
5.3.5 „Entwicklungspolitische Themen werden faktenbasiert, aktiv und wirksam in politische Debatten integriert.“	34
5.4 Cluster Kooperation und Partnerschaft	35
5.4.1 „Partnerschaft und Dialog zwischen staatlichen Stellen und entwicklungspolitischen NRO werden verbessert.“	35
5.4.2 „Vernetzung zwischen Vertreter*innen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Mitgliedsorganisationen zu entwicklungspolitischen Themen.“	37
5.4.3 „Unsere Mitgliedsorganisationen besitzen die Kompetenzen und das Wissen, um wirksame entwicklungspolitische und humanitäre Arbeit zu leisten.“	38
5.5 Cluster Öffentlichkeitsarbeit	40
5.5.1 „Unsere Expertise beeinflusst den öffentlichen Diskurs über Entwicklungspolitik in Österreich mit.“	40
6. ORGANISATIONSENTWICKLUNG	42

VORWORT DES VORSTANDES

Sehr geehrte Mitglieder und Partner*innen,
liebe Kolleg*innen!

Das Jahr 2024 steht vor uns als ein Jahr der strategischen Weichenstellungen für die Entwicklungspolitik. Im Rahmen der vielfältigen Aufgaben, die in diesem Zusammenhang zu bewältigen sind, setzt der Vorstand der AG Globale Verantwortung für das Jahr 2024 einen klaren Fokus auf vier zentrale Anliegen:

Einerseits erfordern die politischen Entwicklungen im Superwahljahr, insbesondere die EU-Wahlen und Nationalratswahlen, von uns eine gezielte Ausrichtung unserer Arbeit. Unser Fokus liegt darauf, sicherzustellen, dass unsere **entwicklungspolitischen Anliegen in Regierungs- und Arbeitsprogrammen angemessen berücksichtigt** werden. Dies erfordert eine kontinuierliche Beziehungspflege zu allen politischen Parteien sowie eine konsequente öffentliche Präsenz durch wirkungsvolle Kommunikation unserer Anliegen.


Eine grimmige Prognose droht mittelfristig in puncto der Bereitstellung von Mitteln für die Entwicklungspolitik (Stichwort ODA 2027 auf 0,23% des BNE¹). Als AG Globale Verantwortung setzen wir uns daher das strategische Ziel, eine Trendumkehr herbeizuführen, um eine solide Absicherung sicherzustellen. Nur durch eine **nachhaltige Finanzierung** können die Herausforderungen unserer Zeit bewältigt und das Leben von Menschen positiv verändert werden.

Ein weiteres zentrales Anliegen betrifft die **Verbesserung der Partnerschaft und des Dialogs zwischen staatlichen Stellen und entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen**. Insbesondere die Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliche Arbeit in der Entwicklungspolitik benötigen verstärkte Aufmerksamkeit, um eine effektive Zusammenarbeit zu gewährleisten.

Die AG Globale Verantwortung steht bereit, ihre Expertise in den politischen Diskurs und die Praxis einzubringen. Wir betrachten es als unsere *globale Verantwortung*, die bevorstehenden Strategieprozesse, wie die Neuerstellung des Dreijahresprogramms der österreichischen Entwicklungspolitik 2025-2027 oder die Ausarbeitung der EZA-Afrika-Strategie, konstruktiv zu nutzen. Durch aktive Beteiligung tragen wir dazu bei, die **Qualität der österreichischen Entwicklungspolitik und -praxis verbessern**, Politiken besser abstimmen und strukturelle Lösungen für globale Herausforderungen entwickeln.

Unser Dank gilt an dieser Stelle allen Mitarbeiter*innen des Sekretariats, den Mitgliedern, Partner*innen sowie Unterstützer*innen für ihre engagierte Zusammenarbeit und sind zuversichtlich, dass wir gemeinsam auch im Jahr 2024 einen positiven Beitrag zur Verringerung von Ungleichheiten zu verringern und Schaffung einer gerechteren Welt, in der alle Menschen die Chance auf ein besseres Leben haben, leisten können. Welche Schritte wir dazu als Dachverband setzen, wird auf den folgenden Seiten dargelegt.

Mit besten Grüßen,



Andreas Knapp

Vorstandsvorsitzender AG Globale Verantwortung

Generalsekretär für Internationale Programme & stv. Generalsekretär der Caritas Österreich

¹ https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2024/beilagen/Entwicklungszusammenarbeit_2024.pdf

1. EINLEITUNG

Der Dachverband Globale Verantwortung – Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe vertritt national und international die Interessen von 33 österreichischen Nichtregierungsorganisationen, die in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit (EZA), entwicklungspolitische Inlandsarbeit und Bildung (EBI), Humanitäre Hilfe (HuHi) sowie nachhaltige, globale, wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung tätig sind. Diese Bereiche bilden die Schwerpunkte und das vorliegende Arbeitsprogramm 2024, das Schlüsselinstrument für die erfolgreiche Umsetzung unserer Dachverbandsarbeit.

Dessen konkreter Zweck besteht darin, eine klare und strukturierte Roadmap festzulegen, die die verschiedenen Aspekte unserer Arbeit im Jahr 2024 abdeckt. Zudem verdeutlicht es deren Mehrwert. Das Arbeitsprogramm bietet eine gezielte Orientierung und definiert die strategischen Prioritäten für das nächste Jahr. Es stellt sicher, dass Ressourcen effizient eingesetzt werden, um unsere langfristigen Ziele zu erreichen. Dadurch, dass das Arbeitsprogramm eine Zuweisung von Aufgaben und Verantwortlichkeiten vorsieht, gewährleistet es Transparenz in der Arbeitsweise als Dachverband, fördert die Zusammenarbeit und Koordination unter den Mitgliedern und dient als Kommunikationsmittel, das es ermöglicht, die Mitglieder, Partner*innen und die Öffentlichkeit über geplante Aktivitäten und angestrebte Ergebnisse zu informieren.

Grundlage des Arbeitsprogramms 2024 bilden Leitbild² und Statut³ der AG Globale Verantwortung. Daraus definieren sich unsere Kernaufgaben und der Arbeitsauftrag wie folgt:

- Den Stellenwert von Entwicklungspolitik, EZA, Humanitärer Hilfe und EBI, in der öffentlichen Debatte und bei politischen Entscheidungsträger*innen, vor allem bei österreichischen, zu stärken und diese zu beeinflussen.
- Entwicklungspolitische und humanitäre Nichtregierungsorganisationen (i.e. unsere Mitgliedsorganisationen und die AG Globale Verantwortung) zu stärken und zu besseren Rahmenbedingungen für wirksame Arbeit beizutragen.

2. KONTEXTANALYSE: RAHMENBEDINGUNGEN & HERAUSFORDERUNGEN

Die vorliegende Kontextanalyse bildet den Kontext unseres Jahresarbeitsprogramms und ermöglicht uns, die Herausforderungen und Rahmenbedingungen, denen wir in der (internationalen) Entwicklungspolitik gegenüberstehen, in den Blick zu nehmen. Als entwicklungspolitischer Dachverband haben wir die Verantwortung, den sich ständig wandelnden globalen Kontext – darunter globale Trends, politische Entwicklungen und die Lage in Ländern des Globalen Südens – zu verstehen und unsere Antworten darauf entsprechend anzupassen.

Die Welt steht heute vor zahlreichen Herausforderungen, die globale Entwicklungsagenda – und damit unsere tägliche Arbeit – sind von Komplexität geprägt. Die aktuelle Krisenspirale aus Konflikten und Kriegen, Klimakrise, Gesundheitskrisen, zunehmendem Hunger und steigender Armut dreht sich unaufhörlich weiter und bedroht die politische, soziale und wirtschaftliche Stabilität in Ländern des Globalen Südens. So beeinflusst die Klimakrise mittlerweile das Leben von fast jedem zweiten Menschen auf der Welt.⁴ Arme Menschen im Globalen Süden sind kaum imstande, sich gegen Dürren, Stürme und Überflutungen in bisher unbekanntem Ausmaß zu schützen. Zudem macht es die Schuldenkrise zahlreichen Staaten niedrigen und mittleren Einkommens unmöglich, nachhaltige Entwicklung zu fördern – geschweige denn, selbstständig auf Katastrophen zu reagieren oder gar präventive Maßnahmen zu setzen.

Ein Blick auf die globale Situation ergibt folgendes Bild:

² https://www.globaleverantwortung.at/wp-content/uploads/LEITBILD_07_2023.pdf

³ https://www.globaleverantwortung.at/wp-content/uploads/Statut_Globale_Verantwortung_2020_beschlossen_18122020.pdf

⁴ Intergovernmental Panel on Climate Change (28.02.2022): Summary for Policymakers Headline Statements. Verfügbar unter: <https://www.ipcc.ch/report/ar6/wg2/resources/spm-headline-statements/>, abgerufen am 23.10.2023

- **Armut:** Laut UNDP gelten 1,1 Mrd. Menschen auf der Welt als multidimensional arm. Sie erleben teilweise einen schwerwiegenden Mangel in allen drei Dimensionen: Gesundheit, Bildung sowie Lebensstandard. Von den 12 Mio. Menschen, die den schwerwiegendsten Mangel erleben, leben 10 Mio. Menschen in Subsahara-Afrika.⁵
- **Hunger:** Hatten im Jahr 2019 rund 613 Mio. Menschen nicht genug zu essen, sind es 2023 bereits bis zu 783 Millionen.⁶
- **Humanitäre Hilfe:** UNOCHA schätzt, dass 362 Mio. Menschen im Jahr 2023 auf Humanitäre Hilfe angewiesen sind. Im Jahr zuvor waren es 274 Mio. Menschen. 2019, und damit vor der COVID-19-Pandemie, waren es noch 90,4 Mio. Menschen.⁷
- **Klimakrise:** 3,6 Mrd. Menschen leben in Regionen, die besonders anfällig für die Auswirkungen der Klimakrise sind. In der Zeit zwischen 2030 und 2050 könnten zusätzlich 250.000 Menschenleben aufgrund von Problemen wie Unterernährung, Malaria, Durchfallerkrankungen und Hitzestress verloren gehen, die direkt auf die Klimakrise zurückzuführen sind. Der unmittelbare gesundheitliche Schaden, der durch die Klimakrise bis 2030 verursacht wird, wird auf jährlich zwischen 2 und 4 Milliarden Euro geschätzt. Besonders ärmeren Ländern mit unzureichender Gesundheitsinfrastruktur fällt es schwer, angemessen auf die vielschichtigen Auswirkungen der Klimakrise zu reagieren.
Es ist erwiesen, dass 90% aller Naturkatastrophen auf Überflutungen, Stürme oder Dürren zurückzuführen sind. Zwischen den frühen 1990er Jahren und 2018 hat sich die Häufigkeit solcher Wetterextreme verdoppelt. Bei einer Erwärmung um 2 Grad Celsius im Vergleich zu 2018 könnten zusätzlich 189 Millionen Menschen an Hunger leiden, und bei einer Erwärmung um 4 Grad Celsius sogar 1,8 Milliarden.
Im Jahr 2018 waren Schätzungen von *UN Water* zufolge 1,8 Milliarden Menschen von Problemen wie Bodendegradierung, Wüstenbildung und Dürre betroffen. Erschreckenderweise hatten im Jahr 2019 immer noch 3 Milliarden Menschen keinen Zugang zu ökologisch sauberen und gesundheitlich unbedenklichen Kochbrennstoffen oder gar keinen Stromanschluss, um Nahrung zuzubereiten. Dies betrifft fast zwei Fünftel der Weltbevölkerung. Die Reduzierung der Treibhausgasemissionen kann dazu beitragen, diesen drängenden Herausforderungen entgegenzuwirken und die Lebensbedingungen der betroffenen Menschen zu verbessern.⁸
- **Vertreibung:** Im Jahr 2022 verzeichnete Europa und Zentralasien mit über 17 Millionen die höchste Zahl intern vertriebener Menschen aufgrund von Konflikten und Gewalt. In Subsahara-Afrika ist ihre Zahl von über 11 Millionen im Jahr 2021 auf 9 Millionen gesunken. Südasien löste 2022 mit über 12,5 Millionen Menschen Ostasien und die pazifischen Inseln als Region mit den meisten intern Vertriebenen aufgrund von Katastrophen ab. Weltweit galten 2022 insgesamt 28,3 Millionen Menschen aufgrund von Konflikten und Gewalt sowie 32,6 Millionen aufgrund von Katastrophen als intern Vertriebene. Zum Vergleich: 2015 gab es 8,6 Mio. intern Vertriebene aufgrund von Konflikten und Gewalt sowie 19,2 Millionen aufgrund von Katastrophen.⁹
- **Shrinking Space:** Partnerorganisationen, insbesondere in Ländern mit repressiven Regierungen, stehen unter wachsendem Druck. Dies führt dazu, dass ihr Handlungsspielraum eingeschränkt wird, was oft den Verlust internationaler Finanzierungsmöglichkeiten und den Zugang zu Geldern zur Folge hat. Dies erhöht das Risiko für Mitarbeiter*innen und die Zielgruppen dieser Organisationen. Besonders schwierig ist die Situation für Menschenrechtsverteidiger*innen und

⁵ Quelle: UNDP (11.07.2023): [2023 Global Multidimensional Poverty Index](#)

⁶ FAO (12.07.2023): [122 million more people pushed into hunger since 2019 due to multiple crises, reveals UN report](#)

⁷ Reliefweb (Stand 18.06.2023): [Global Humanitarian Overview 2023, Mid-Year Update](#); Reliefweb (11.09.2022): [Global Humanitarian Assistance Report 2022](#)

⁸ WHO (12.10.2023): [Climate Change](#); Lukas Eichelter (04.12.2018): [3 Lösungen gegen Klimafolgen! So einfach erklärt, als wären sie nicht kompliziert](#); Lukas Eichelter (04.12.2018): [3 Lösungen gegen Klimafolgen! So einfach erklärt, als wären sie nicht kompliziert](#); Quelle: [UN Water \(18.03.2018\): UN World Water Development Report 2019](#); Sustainable Energy for All (22.05.2019): [Five key takeaways from the new Tracking SDG7: The Energy Progress Report](#)

⁹ Internal Displacement Monitoring Centre: [Previous Global Reports on Internal Displacement](#)

Klimaaktivist*innen, die bedroht und sogar ermordet werden. In den letzten Jahren wurden 4.500 Angriffe auf diese Gruppen dokumentiert.¹⁰ Gleichzeitig zeigt der *Global Rights Index*, dass in fast der Hälfte der untersuchten Länder die Rechte der Arbeiter*innen verletzt werden.¹¹ Dies gefährdet die Demokratie, auch in etablierten Demokratien.¹²

In Österreich selbst hat sich die politische und öffentliche Debatte in den letzten Monaten zunehmend polarisiert, insbesondere spürt man den Beginn eines *Vorwahlkampfes* zur Nationalratswahl, die voraussichtlich im September 2024 stattfinden wird. Eine damit verbundene Herausforderung ist, dass sich 2024 Ansprechpartner*innen der letzten Jahre ändern und neue Gesichter das politische Feld betreten dürften.

Gleichzeitig erfolgt auch eine institutionelle Veränderung: Das Erscheinen neuer Akteur*innen wie z.B. das BMK, BMSGPK, BML sowie der *Kommunalkredit Public Consulting (KPC)*, die neue Mittel einbringen bzw. Verwalten, hat eine verstärkte Dezentralisierung der EZA zur Folge. Dadurch konnte die parallele Stagnation des entwicklungspolitischen Budgets im Jahr 2023 zwar kompensiert werden, diese geht aber mit einem Streben nach Effizienz einher, dass nicht selten von Intransparenz und Zeitdruck geprägt ist. Auch in manchen Konsultationsprozessen ist der Eindruck entstanden, dass staatliche Stellen auf *Black-Box-Prozesse* setzen. Diese können zu Beliebigkeit führen, indem relevante Interessenvertreter*innen und Stakeholder*innen (z.B. die Zivilgesellschaft) nicht angemessen und kohärent einbezogen werden.

Ein Streben nach Effizienz ist auch das Stichwort im Zusammenhang mit den Bemühungen der ADA, ihre Rahmenbedingungen im Zuge einer Überarbeitung zu straffen, was mit erheblichen Herausforderungen für entwicklungspolitische Organisationen einhergeht.

Ähnliches lässt sich auch international beobachten: *USAID* beispielsweise plant eine Umstrukturierung, um effizienter zu werden und die direkte Unterstützung lokaler Organisationen zu erhöhen. Durch die Direktvergabe von Mitteln an lokale Gruppen will *USAID* die Abhängigkeit von großen Vermittlern sowie Bürokratie reduzieren und Verwaltungskosten einsparen.¹³

Die Bemühungen von *USAID* sind Teil eines internationalen Trends hin zur sogenannten *Localisation* oder *Dekolonisierung* der Entwicklungshilfe. Das Ziel ist eine verstärkte Beteiligung von Gemeinschaften an ihrer eigenen Entwicklung auf Basis lokal entwickelter Strategien. Herausfordernd ist daran die Schaffung eines globalen Wettbewerbsmarktes um und für Entwicklungsprojekte, dem derzeit noch klare Definitionen und Positionen einzelner Akteur*innen fehlen¹⁴ und der immer stärker geopolitisch geprägt ist. Dabei kommt es zu einem verstärkten Werben um die Gunst von Ländern des Globalen Südens, insbesondere in Bezug auf wirtschaftliche Partnerschaften und Investitionen.

Befeuert wird diese Entwicklung vor allem von aufstrebenden Ländern wie China. China betont seine historische Verbundenheit mit Nationen, die unter kolonialer Unterdrückung gelitten haben. Die chinesische Regierung hat auch ein Dokument veröffentlicht, das umfassende Änderungen internationaler Regeln und Institutionen für Entwicklung, Sicherheit und Menschenrechte fordert. Dies schließt eine größere Beteiligung des Globalen Südens an den Vereinten Nationen sowie die Betonung wirtschaftlicher und sozialer Rechte über politische und bürgerliche Rechte ein. China präsentiert diese Initiative als Teil eines umfassenden Plans zur Bewältigung globaler Herausforderungen und zur Schaffung einer *besseren Zukunft für die Menschheit*. Es wird deutlich, dass China eine stärkere Führungsrolle in der globalen Ordnung anstrebt, die weniger von westlichen Ländern dominiert wird.

¹⁰ Website Business & Human Rights Resource Centre: <https://www.business-humanrights.org/en/from-us/human-rights-defenders-database/>

¹¹ <https://www.globalrightsindex.org/en/2023>

¹² https://www.civicus.org/documents/reports-and-publications/SOCS/2023/EN_Overview.pdf

¹³ <https://www.economist.com/united-states/2023/05/04/usaid-is-changing-the-way-it-tries-to-do-good-in-the-world>

¹⁴ <https://www.devex.com/news/5-trends-shaping-global-development-in-2022-102375>

Entwicklungspolitische Relevanz für Europa: Diese Initiative Chinas hat Entwicklungsländer im Fokus und könnte Auswirkungen auf die Entwicklungszusammenarbeit und die politischen Beziehungen Europas zu diesen Ländern haben. Europa muss die wachsende Einflussnahme Chinas im Blick behalten und darauf reagieren, um sicherzustellen, dass die Interessen und Werte der Europäischen Union in der globalen Entwicklungspolitik gewahrt bleiben. So sollte Europa auf eine transparente und nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit setzen, die das Vertrauen der Entwicklungsländer stärkt und eine zentrale Rolle in ihrer Entwicklung spielt.¹⁵

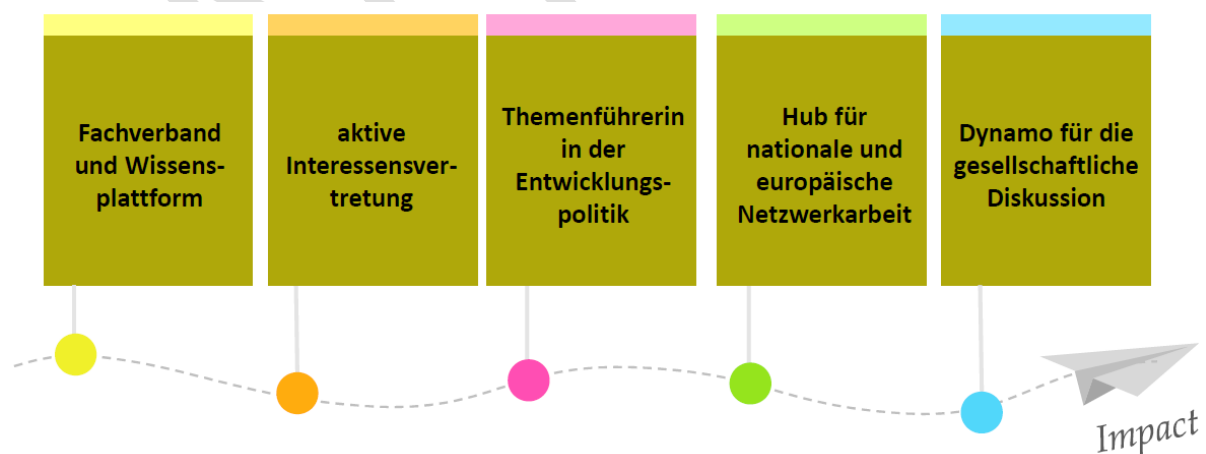
Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe werden dabei zunehmend politisch bzw. sogar politisiert; eine Entwicklung, die wir auch in Österreich 2023 im Zuge der Gewalteskalation in Nahost mit Sorge beobachteten. Eine verstärkte Politisierung Humanitärer Hilfe wurde seit 2022 auch im Kontext der Ukraine beschrieben, die Fragen hinsichtlich der Wahrung der Neutralität und der Unabhängigkeit aufwarf, da humanitäre Mittel nicht selten auch an geopolitische Interessen geknüpft sind.¹⁶

3. GRUNDLAGEN DER ARBEIT

Die AG Globale Verantwortung ist eine Interessenvertretung für Mitgliedsorganisationen, die Rahmenbedingungen sichert, Koordinationsarbeit leistet, Serviceangebote bereitstellt und politische Lobbyarbeit betreibt, um ihre Mitglieder zu fördern.

3.1 Rollen der AG Globale Verantwortung

Dahingehend ist die AG Globale Verantwortung ein Fachverband und eine Wissensplattform, die ihren Mitgliedsorganisationen Serviceangebote bietet, um die Qualität ihrer Arbeit zu sichern sowie zu steigern. Sie agiert als aktive Interessensvertretung, fördert die Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe, schafft klare Rahmenbedingungen und stärkt zivilgesellschaftliche Organisationen. Die AG Globale Verantwortung ist eine Themenführerin in der österreichischen Entwicklungspolitik und beteiligt sich an europäischer und internationaler Netzwerkarbeit, was Impulse für Innovationen liefert. Sie trägt zur gesellschaftlichen Diskussion bei, steigert die öffentliche Wahrnehmung entwicklungspolitischer Themen und fördert positive Veränderungen.



3.2 Strategische Zugänge

Die in den vergangenen Arbeitsprogrammen gewählten strategischen Zugänge werden wir im Sinn der Nachhaltigkeit weiterverfolgen und adaptieren:

1. Wir werden Entwicklungszusammenarbeit, Humanitäre Hilfe und entwicklungspolitische Inlands- und Bildungsarbeit als zentrale Lösungsstrategien positionieren und hervorheben.

¹⁵ <https://www.economist.com/china/2023/09/21/china-wants-to-be-the-leader-of-the-global-south>

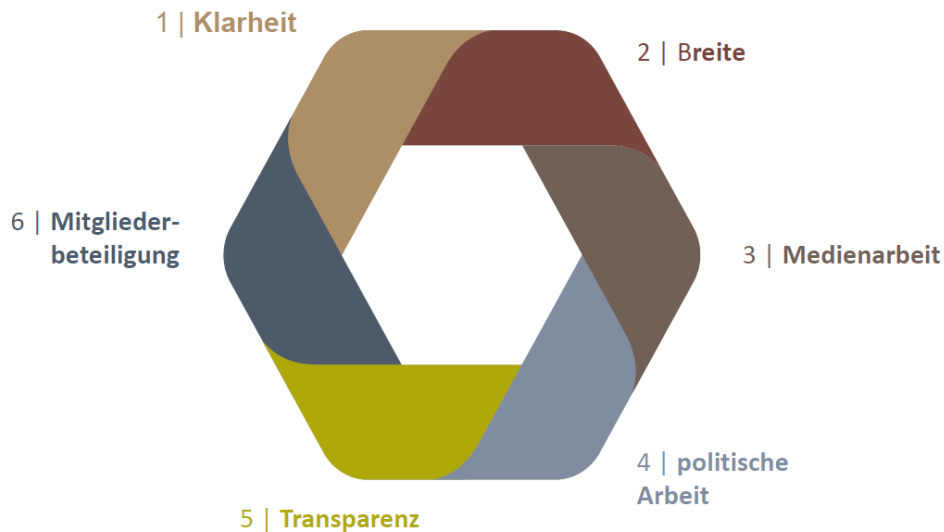
¹⁶ <https://www.thenewhumanitarian.org/analysis/2023/01/04/aid-policy-trends-to-watch-in-2023>

2. Wir werden die Agenda 2030 als Lösungsinstrument multipler Krisen kommunizieren sowie als Chance zur Neugestaltung nach Krisen (im Sinne des *Building Forward Better*).
3. Wir werden die AG Globale Verantwortung als konstruktive und kritische Dialogpartnerin mit Expertise sowie als das zivilgesellschaftliche Sprachrohr für Entwicklungspolitik durch beharrliche (mediale) Präsenz und konstruktive Vorschläge an die Politik positionieren.
4. Wir werden Relevanz, Erfolge, Wirkung und Expertise entwicklungspolitischer NROs kommunizieren.
5. Wir werden Zusammenhänge zwischen Krisen und deren Auswirkungen auf globale Gemeinschaften darstellen.
6. Wir werden Allianzen & Netzwerke ausbauen.
7. Wir werden Innovationen innerhalb des Sektors fördern und entsprechend darstellen.
8. Wir werden Gespräche mit relevanten Stakeholder*innen der Grünen fortsetzen, um inhaltliche Anliegen zu besprechen und Prioritäten festzulegen.
9. Wir werden Gespräche mit relevanten Stakeholder-/Politiker*innen der SPÖ und NEOS führen, um gemeinsame Anliegen zu diskutieren und Partnerschaften aufzubauen.
10. Wir werden Gespräche mit Stakeholder-/Politiker*innen der ÖVP führen, um Vertrauen aufzubauen.

3.3 Bausteine für Impact

Als AG Globale Verantwortung bauen wir in unserer entwicklungspolitischen Arbeit, in der Erfüllung unserer Rollen und der konsequenten Ausführung unserer strategischen Zugänge auf folgende grundlegende Elemente:

- **Klarheit:** Wir vertreten und kommunizieren klare Ziele und Anliegen, um unsere Mitglieder und die Öffentlichkeit zu informieren.
- **Breite:** Wir bauen auf ein breites Netzwerk, das sowohl aus unseren Mitgliedern als auch aus anderen Organisationen und Institutionen besteht.
- **Medienarbeit:** Wir stützen uns auf aktive Medienarbeit, um unsere Ziele und Anliegen in den Medien zu präsentieren, wodurch wir die Öffentlichkeit darüber sowie über unsere und die Arbeit unserer Mitgliedsorganisationen informieren.
- **Politische Arbeit:** Wir betreiben politische Arbeit, um die Interessen unserer Mitgliedsorganisationen auf politischer Ebene zu vertreten.
- **Transparenz:** Wir berichten transparent über unsere Arbeit und Mittelverwendung, um das Vertrauen der Mitgliedsorganisationen und der Öffentlichkeit zu erfüllen.
- **Mitgliederbeteiligung:** Wir beziehen unsere Mitgliedsorganisationen in unsere Arbeit ein und berücksichtigen deren Meinungen und Anregungen, um sicherzustellen, dass ihre Interessen vertreten werden und wir auf eine breite Unterstützung unserer Arbeit zählen können.



4. INSTRUMENTE, STRUKTUREN, ALLIANZEN & PROJEKTE

Die in diesem Arbeitsprogramm definierten Ziele, Strategien und Anliegen werden mit den folgenden, im Detail beschriebenen **Instrumenten** durch das Sekretariat in zentralen Strukturen umgesetzt:



4.1 Instrumente

Als entwicklungspolitischer Dachverband spielen wir eine wichtige Rolle bei der Förderung von Entwicklungspolitik. Unsere Instrumente ermöglichen es, nachhaltige Veränderungen in unseren Arbeitsschwerpunkten Entwicklungszusammenarbeit, Humanitärer Hilfe und entwicklungspolitischer Inlands- und Bildungsarbeit zu bewirken. Themenarbeit und Advocacy setzen wichtige entwicklungspolitische Fragen auf die politische Agenda und sind Ansätze, um soziale oder politische Veränderungen herbeizuführen. Lobbying und Kampagnenarbeit erhöhen politische Präsenz. Kapazitätsentwicklung stärkt die Mitgliedsorganisationen. Presse- und Informationsarbeit schafft Vertrauen, ermöglicht transparente Zusammenarbeit und verbessert die Präsenz entwicklungspolitischer Themen in der öffentlichen Wahrnehmung.

Unsere Instrumente sind im Folgenden näher dargestellt:

4.1.1 Themenarbeit/Advocacy Themenarbeit/Advocacy

Unser Instrument Themenarbeit/Advocacy hat zum Ziel, umfassende Lösungen für entwicklungspolitische Herausforderungen zu entwickeln und zu fördern. Wir streben danach, unsere Expertise zu nutzen, Wissen zu verbreiten und das Bewusstsein für unsere Themen zu schärfen. Gleichzeitig stellen wir im Rahmen dieses Instruments Ressourcen bereit, bieten Lösungen für entwicklungspolitische Herausforderungen an und legen eine solide Grundlage für unsere Lobbyarbeit. Ein wesentlicher Bestandteil

unserer Arbeit in diesem Bereich ist die Teilnahme an relevanten Prozessen und Konsultationen sowie die Pflege eines kontinuierlichen Dialogs mit relevanten Stakeholdern, darunter Teilöffentlichkeiten, politische Entscheidungsträger*innen, Medien, Fachleute, Wissenschaftler*innen, zivilgesellschaftliche Verbände, entwicklungspolitische Organisationen und Vertreter*innen der Wirtschaft.

4.1.2 Interessensvertretung (Lobbying & Kampagne) **Interessensvertretung**

Zu unseren Instrumenten zur Interessensvertretung zählen der strategische und koordinierte Einsatz der Elemente Kampagnen- und Lobbyarbeit im Rahmen eines definierten Zeitraums (und oft kombiniert mit Medienarbeit).

Kampagnen zielen darauf ab, die Wahrnehmung und Unterstützung unserer Anliegen in der breiten Bevölkerung zu stärken. Sie dienen der Bewusstseinsbildung und der Erzeugung von öffentlichem sowie politischem Druck, um politische Entscheidungsträger*innen zu Handlungen zu bewegen. Auf der anderen Seite zielt die Lobbyarbeit darauf ab, politische Veränderungen auf der Ebene der Entscheidungsträger*innen direkt voranzutreiben. Hierbei treten wir in direkten Kontakt mit Entscheidungsträger*innen, Vertreter*innen von Regierungs- und Oppositionsparteien sowie Verwaltungsbeamten*innen. Wir führen persönliche Gespräche und schriftliche Kommunikation, um sie von der Notwendigkeit politischer Maßnahmen zugunsten unserer entwicklungspolitischen Anliegen zu überzeugen.

Ein wesentlicher Aspekt bei der Anwendung dieses Instruments zur Interessensvertretung besteht darin, ein koordiniertes Vorgehen aller oder möglichst vieler Mitgliedsorganisationen sicherzustellen, um unser politisches Gewicht zu erhöhen. Dies geschieht durch enge Abstimmung und Zusammenarbeit.

4.1.3 Kapazitätsentwicklung **Kapazitätsentwicklung**

Unser Instrument Kapazitätsentwicklung hat zum Ziel, die Fähigkeiten, Ressourcen und strategischen, inhaltlichen sowie methodischen Kompetenzen unserer Mitgliedsorganisationen zu stärken. Dadurch sind sie besser in der Lage, auf Veränderungen zu reagieren, insbesondere auf die vielfältigen Herausforderungen, die mit multiplen Krisen einhergehen. Wir möchten sie dabei unterstützen, wirksame Projektarbeit zu leisten und gleichzeitig effektiver und effizienter bei der Erreichung ihrer Ziele zu sein.

Unser Kapazitätsentwicklungsansatz umfasst eine Palette von Maßnahmen, darunter Weiterbildungen, Workshops und Austauschveranstaltungen und die Bereitstellung von Ressourcen.

Dieses Instrument richtet sich in erster Linie an die Mitarbeiter*innen unserer Mitgliedsorganisationen. Von zentraler Bedeutung ist dabei die enge Zusammenarbeit mit unseren Mitgliedsorganisationen, um bedarfsorientierte Angebote zu entwickeln.

4.1.4 Presse-, Öffentlichkeits- & Informationsarbeit **Presse-, Öffentlichkeits- & Informationsarbeit**

Unser Instrument Presse-, Öffentlichkeits- und Informationsarbeit hat einerseits zum Ziel, die Umsetzung unserer Anliegen, wo immer dies angemessen und möglich ist, zu begleiten, um die Wahrnehmung entwicklungspolitischer Ansätze und Maßnahmen zu verbessern. Andererseits streben wir danach, Entwicklungspolitik und ihre verschiedenen Elemente, wie EZA, Humanitäre Hilfe und EBI als zentrale Lösungsstrategien für multiple Krisen zu positionieren.

Um dieses Ziel zu erreichen, sprechen wir Medienvertreter*innen und Journalist*innen in Österreich ebenso an wie die entwicklungspolitisch interessierte Teilöffentlichkeit und Vertreter*innen der Wirtschaft, um ihr Interesse an unserer Expertise und der unserer Mitgliedsorganisationen zu wecken. Hierbei setzen wir auf verschiedene Kommunikationsmittel, darunter Pressemitteilungen und -gespräche, Hintergrundinformationen, Veranstaltungen, Social-Media, Newsletter und Marketingmaßnahmen. Um sicherzustellen, dass unsere Botschaften auch für ein Publikum verständlich sind, das nicht mit Entwicklungspolitik vertraut ist, verwenden wir – soweit möglich – eine einfache Sprache.

Darüber hinaus leistet dieses Instrument auch wichtige Funktionen nach innen: Es dient als Informationsdrehscheibe für unsere Mitgliedsorganisationen, indem wir Informationen zu entwicklungspolitischen Themen aus Österreich, Europa und der Welt analysieren, aufbereiten und weitergeben. Damit

bieten wir unseren Mitgliedsorganisationen Service, etwa durch die Verfügbarmachung von Argumentationshilfen im internen Bereich der Webseite oder durch Sondermailings von der Geschäftsführung zu aktuellen Themen. Dadurch sind unsere Mitglieder stets gut informiert und können effektiv in der Entwicklungspolitik agieren.

4.2 Ko-finanzierte Projekte 2024

Im nächsten Jahr setzt die AG Globale Verantwortung folgende Projekte um:

Qualitätssteigerung der Humanitären Hilfe Österreichs

- Fördergeber: Austrian Development Agency
- Laufzeit: 01.10.2022 – 30.06.2025

Das Programm hat das Ziel, die Qualität der Humanitären Hilfe Österreichs zu steigern. Dies wird durch Schulungsmaßnahmen für humanitäre Organisationen und staatliche Akteure erreicht. Mitgliedsorganisationen der AG Globale Verantwortung und ihre Partnerorganisationen in den Partnerländern sollen ihre neu erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten in ihre humanitären Projekte einfließen lassen. Gleichzeitig sollen staatliche Akteure die Empfehlungen der AG Globale Verantwortung zur Verbesserung der Humanitären Hilfe Österreichs in ihre Entscheidungsprozesse integrieren.

Building Forward Better. Potenziale nachhaltiger und inklusiver Lösungen aufzeigen: Zivilgesellschaftliche Mitgestaltung von Entwicklungspolitik und -praxis.

- Fördergeber: Austrian Development Agency
- Laufzeit: 01.6.2022 - 31.5. 2025

Das Programm hat das Ziel, die Entwicklungspolitik auf österreichischer, europäischer und internationaler Ebene aktiv zu beeinflussen, besonders im Kontext der COVID-19-Pandemie und ihren schwerwiegenden Auswirkungen auf Menschen in Entwicklungsländern. Es strebt einen nachhaltigen und gerechten Wiederaufbau an (*Building Forward Better*). Österreich soll durch seine Politik einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung globaler Krisen wie COVID-19, Klimakrise, Konflikte und Armut leisten. Der Dachverband und seine Mitgliedsorganisationen bringen ihre Fachkenntnisse in entwicklungspolitische Dokumente ein, um sicherzustellen, dass diese Prinzipien in der nationalen, europäischen und internationalen Entwicklungspolitik umgesetzt werden. Das Programm fördert die Vernetzung zwischen Vertretern der Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft in Bezug auf Entwicklungsthemen im Kontext von *Building Forward Better* und ermöglicht der AG Globale Verantwortung öffentliches Interesse zu generieren. Darüber hinaus unterstützt es seine Mitgliedsorganisationen durch maßgeschneiderte Weiterbildungsangebote, um ihre inhaltlichen und methodischen Kompetenzen zu stärken.

4.3 Strukturen des Dachverbands

4.3.1 Sekretariat

Das Sekretariat der AG Globale Verantwortung verwaltet und koordiniert den Dachverband und setzt seine Ziele sowie Aktivitäten um. Über die zentrale Arbeit zu unseren Instrumenten (siehe 3.1) hinaus unterstützt es die Mitgliedsorganisationen, plant Sitzungen und Veranstaltungen, verwaltet Budgets, führt Personalangelegenheiten durch und organisiert interne Abläufe. Darüber hinaus erstellt das Sekretariat Berichte, evaluiert Programme und Projekte, erleichtert die Kommunikation zwischen verschiedenen Gremien und Organen des Dachverbandes, bietet bei der Netzwerkerweiterung und Bildung strategischer Partnerschaften Unterstützung.

4.3.2 Strukturierte Arbeitsgruppen

Ein bedeutender Teil unserer Arbeit findet in den Arbeitsgruppen (AGs) statt. Die Expert*innen der Mitgliedsorganisationen erstellen Briefings und formulieren inhaltliche Beiträge. Ihr Fachwissen ist unverzichtbar für die Arbeit des Dachverbandes.¹⁷

AG Humanitäre Hilfe (AG HUHI)

Neben den Kernaufgaben der AG HUHI, wie etwa Koordination und Informationsaustausch vor allem bei aktuellen humanitären Krisen, setzt sich die Arbeitsgruppe für eine qualitative und quantitative Verbesserung der Humanitären Hilfe Österreichs sowie für eine bessere Koordination zwischen den humanitären Akteur*innen ein. Weiters arbeitet sie daran, die Qualität des inhaltlichen Diskurses zu humanitären Themen zu steigern sowie mittelfristig das Interesse und die Aufmerksamkeit der allgemeinen Öffentlichkeit an Themen der Humanitären Hilfe zu erhöhen. Zudem plant und organisiert die Arbeitsgruppe in Kooperation mit dem Dachverband und der humanitären Organisation Ärzte ohne Grenzen den alle zwei Jahre stattfindenden Humanitären Kongress Wien.

AG Inklusion und Entwicklung (AG I&E)

Die Arbeitsgruppe arbeitet an verschiedenen Maßnahmen zur Förderung und Auseinandersetzung mit *Disability Mainstreaming* in der Entwicklungszusammenarbeit. Die AG I&E besteht sowohl aus Mitgliedsorganisationen der AG Globale Verantwortung als auch aus Vertreter*innen weiterer Disabled People's Organisations (DPOs). Expert*innen aus universitären Einrichtungen werden regelmäßig zu Sitzungen eingeladen.

AG Kofinanzierung (AG KOFI)

Zu den zentralen Aufgaben der AG KOFI zählen die Organisation eines strategischen Wissensaustausches zu verschiedenen Herausforderungen der Finanzierung von Projekten der Entwicklungszusammenarbeit, die Förderung des Informationsflusses zwischen Fördergebern und Mitgliedsorganisationen sowie die Erarbeitung (förder-)politischer Positionen für den Dachverband.

AG Landwirtschaft und Entwicklung (AG LAWI)

Im Fokus der AG LAWI stehen die inhaltliche Auseinandersetzung und die Ausarbeitung von Empfehlungen. Sie arbeitet insbesondere zu landwirtschaftlich relevanten Themen im Rahmen der Agenda 2030 und ihrer 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung sowie zur österreichischen und europäischen Landwirtschafts- und Agrarpolitik aus entwicklungspolitischer Sicht. Kernpunkte sind die Förderung kleinbäuerlicher nachhaltiger Landwirtschaft und nachhaltiger Nahrungssysteme.

AG Migration und Entwicklung (AG M&E)

Die AG M&E setzt sich mit den vielfältigen Zusammenhängen zwischen Flucht, (erzwungener) Migration und Entwicklung auseinander und arbeitet zu ihren komplexen Gründen bzw. Ursachen. Die Arbeitsgruppe untersucht, welchen Beitrag die Entwicklungspolitik tatsächlich leisten kann, ohne ihre Hauptaufgaben – etwa die Reduktion von Armut – aus den Augen zu verlieren. Der regelmäßige Austausch mit externe Expert*innen gewährleistet vielfältige Perspektiven.

AG Plattform Entwicklungspolitische Inlandsarbeit (AG PEPI)

In der AG PEPI wird an Strategien für die Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung österreichischer Bevölkerung, vor allem von Multiplikator*innen im bildungspolitischen Bereich, für Themen der globalen

¹⁷ Präambel der *Terms of Reference* für Arbeitsgruppen, beschlossen 2009, adaptiert 2015: „Das Verhältnis zwischen Vorstand – Arbeitsgruppen – Geschäftsführung (bzw. Team) beruht auf Arbeitsteilung: Der Vorstand trifft die politisch-strategischen Grundsatzentscheidungen und gibt grundlegende Orientierungen vor bzw. definiert den inhaltlichen Rahmen. Die Arbeitsgruppen bringen einerseits die inhaltliche Expertise ein und regen darüber hinaus inhaltliche Diskussionen an. Die politische Umsetzung der erarbeiteten Positionen erfolgt durch die Geschäftsführung.“

und nachhaltigen Entwicklung gearbeitet. Wichtige Elemente dieser Arbeit sind das Anregen von kritischer Auseinandersetzung in der Bevölkerung durch Bildungs- und Kampagnenarbeit, das Aufzeigen von globalen Zusammenhängen und das Anbieten von Mitgestaltungsmöglichkeiten mit dem Ziel einer gerechten globalen Ordnung. Dazu werden laufend inhaltliche und politische Positionen für den Dachverband erarbeitet.

4.3.3 Weitere Gruppen

NPO-Netzwerk Antiterrorismus

Das „NPO-Netzwerk Antiterrorismus“ ist ein loser Zusammenschluss von NRO-Interessensvertretungen und Mitgliedsorganisationen der AG Globale Verantwortung. Hauptziel der Gruppe ist es, ein abgestimmtes Auftreten des NRO-Sektors gegenüber dem BMF und anderen Behörden bei allen Aktivitäten mit Bezug zu Antiterrorismus sicherzustellen. Die AG Globale Verantwortung koordiniert die Aktivitäten der Gruppe.

Gruppe „Menschenrechte in der Entwicklungspolitik“

Die Gruppe „Menschenrechte in der Entwicklungspolitik“, die wir seit 2015 koordinieren, ermöglicht Austausch und Vernetzung von Mitgliedsorganisationen sowie anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die im Bereich der Menschenrechte arbeiten.

4.4 Allianzen

SDG Watch Austria

SDG Watch Austria (SDGWA), bestehend aus mehr als 230 zivilgesellschaftlichen Organisationen, spielt eine entscheidende Rolle bei der Förderung der strukturellen Umsetzung der Agenda 2030 in Österreich. SDGWA arbeitet auf struktureller Ebene und hat 2020 Empfehlungen zur Umsetzung der Agenda 2030 in und durch Österreich festgelegt.¹⁸

Die Steuerungsgruppe von SDGWA fungiert als das Sprachrohr der Zivilgesellschaft, insbesondere als Organisatorin der SDG Dialogforen Österreichs in Zusammenarbeit mit der Verwaltung. Die AG Globale Verantwortung ist Mitbegründerin von SDGWA und beeinflusst als Mitglied der Steuerungsgruppe aktiv deren strategische und politische Ausrichtung. Zudem stellt sie finanzielle und personelle Ressourcen für die Koordinierung der Plattform zur Verfügung. Innerhalb der Plattform SDGWA vernetzt sich die AG Globale Verantwortung mit Organisationen aus verschiedenen Bereichen, wie Umwelt, Klima und Bildung.

2023 hat SDGWA ein Beratungsgremium beschlossen, das aus einigen Mitgliedsorganisationen von SDG Watch besteht. Dieses soll etwa bei der Themensetzung und Ausarbeitung von Hintergrundinformationen einen Beitrag leisten.

CONCORD

Die AG Globale Verantwortung ist Mitglied von CONCORD, einem europäischen Dachverband für entwicklungspolitische zivilgesellschaftliche Organisationen. CONCORD engagiert sich für nachhaltige Entwicklung und internationale Zusammenarbeit, insbesondere im Kontext der Europäischen Union und ihren Institutionen, um Armut und Ungleichheiten zu bekämpfen und die Erreichung der Ziele der Agenda 2030 voranzutreiben. CONCORD hat derzeit unterschiedliche Haupt- und Querschnittsthemen¹⁹, die zum Teil in Arbeitsgruppen bearbeitet und mit politischen Entscheidungsträger*innen diskutiert werden. Sowohl die AG Globale Verantwortung als auch unsere Mitgliedsorganisationen sind in

¹⁸ https://www.sdgwatch.at/files/967/2020_09_empfehlungen_zur_umsetzung_kurzinfo.pdf

¹⁹ U.a. Ungleichheiten und nachhaltiges Wirtschaften, Politikkohärenz im Interesse nachhaltiger Entwicklung (PCSD), Finanzierung und Funding (FFSD), Global Citizen Education (GCE), Geschlechtergerechtigkeit.

diesen Arbeitsgruppen vertreten, in denen wir unser Fachwissen einbringen, Informationen austauschen und gemeinsame Aktivitäten planen.

Wir wirken am jährlich erscheinenden *AidWatch Report* mit, der sowohl die Quantität als auch Qualität der Entwicklungszusammenarbeit und Humanitären Hilfe, die von der EU und ihren Mitgliedsstaaten geleistet wird, analysiert und Empfehlungen zur Verbesserung enthält.

Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für internationale Entwicklung und Mission (KOO)

Die KOO fungiert einerseits als Interessenvertretung 35 katholischer Einrichtungen und Organisationen in Österreich, die in der Entwicklungszusammenarbeit, entwicklungspolitischen Inlandsarbeit oder missionarischen Zusammenarbeit tätig sind. Andererseits bietet die KOO Informations- und Beratungsdienste in Fragen der internationalen Zusammenarbeit für die österreichische Bischofskonferenz sowie Diözesen und fördert ihr entwicklungspolitisches Engagement.

Unsere Kooperation mit der KOO zielt darauf ab, die Qualität der österreichischen Entwicklungspolitik zu steigern, indem wir gemeinsam Stellungnahmen erarbeiten, an Konsultationen teilnehmen und Expert*innen der KOO in unsere Arbeitsgruppen einbinden.

Österreichische Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung (ÖFSE)

Die ÖFSE spielt eine bedeutende Rolle in der Bereitstellung von Informationen, Analysen und Beratungen zu einer Vielzahl von Schwerpunktthemen. Dazu gehören die österreichische und internationale Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit, die Bildungsforschung im Kontext der Entwicklungspolitik, internationale Handels- und Investitionspolitik, Privatsektorentwicklung und Industriepolitik, Rohstoffe und Entwicklung sowie Stakeholderbeteiligung.

Wir arbeiten eng mit der ÖFSE zusammen, insbesondere im Bestreben, die Qualität der österreichischen Entwicklungspolitik zu steigern. Diese Kooperation umfasst gemeinsamen Stellungnahmen, Konsultationen und der Organisation von Runden Tischen. Zudem pflegen wir einen kontinuierlichen Austausch hinsichtlich österreichischer und europäischer Entwicklungsfinanzierung. Expert*innen der ÖFSE sind wertvolle Mitglieder unserer Arbeitsgruppen.

Netzwerk Soziale Verantwortung (NeSoVe)

Wir sind Mitglied bei NeSoVe, das sich für die Weiterentwicklung und Beobachtung der sozialen Verantwortung von Unternehmen einsetzt und die TNC Treaty Alliance Österreich koordiniert.

TNC Treaty Alliance Österreich

Im zivilgesellschaftlichen Bündnis TNC Treaty Alliance setzen wir uns auf österreichischer, EU- und UN-Ebene dafür ein, dass Unternehmen rechtlich dazu verpflichtet werden, Verantwortung für Auswirkungen auf Menschenrechte sowie Umwelt und Klima entlang ihrer Liefer- und Wertschöpfungsketten zu übernehmen.

Allianz für Klimagerechtigkeit

Die Allianz für Klimagerechtigkeit dient als dauerhafte Themenplattform österreichischer NROs, die in den Bereichen Umwelt, EZA, Soziales und Humanitärer Hilfe tätig sind. Sie setzt sich für mehr Klimaschutz in Österreich und für internationale Klimagerechtigkeit ein und will Bewusstsein für den Zusammenhang zwischen Klima und Entwicklung bei der breiten Öffentlichkeit, Meinungsbildner*innen, Behörden und Entscheidungsträger*innen schaffen. Die AG Globale Verantwortung ist seit Juni 2023 Mitglied der Steuerungsgruppe der Klimaallianz.

5. UNSERE ANLIEGEN 2024

5.1 Cluster Politikgestaltung

5.1.1 „Österreich intensiviert in die Umsetzung der Agenda 2030 und die SDGs durch verstärkte Beteiligung und der Einbindung zivilgesellschaftlicher Expertise.“

Die Agenda 2030 verfolgt das ehrgeizige Ziel, Armut zu bekämpfen, die Umwelt zu schützen, nachhaltige Wirtschaft zu fördern und ein menschenwürdiges Leben für alle sicherzustellen, indem sie den *Leaving-No-One-Behind*-Ansatz verfolgt. Die gegenwärtigen multiplen Krisen verschärfen die Dringlichkeit ihrer Umsetzung, insbesondere für Menschen in ärmeren Ländern des Globalen Südens, die oft an den Rand gedrängt werden. Trotzdem stagniert die weltweite Umsetzung der Agenda 2030 seit drei Jahren, und die Wahrscheinlichkeit, dass bis 2030 keine der globalen Ziele erreicht wird, ist hoch. Nur etwa 18% der Unterziele²⁰ verfolgen aktuell einen guten Kurs, darunter Gesundheitsziele und der Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen. Die Zahl der Menschen in extremer Armut ist seit 2020 wieder angestiegen, nach 20 Jahren des Rückgangs. Militärische Konflikte und Krisen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen verschärfen die Verschuldung und führen zu steigenden Preisen für Lebensmittel und Güter des täglichen Bedarfs. Es ist dringend erforderlich, dass Österreich sich stärker engagiert und die internationale Kooperation verstärkt, um die SDGs zu erreichen.

Österreich mag im SDG-Ranking den fünften Platz belegen, jedoch liegt es im *Spillover-Ranking* nur auf dem 152. Platz von 166. Dieses Ergebnis zeigt, dass die Handels-, Wirtschafts-, Finanz- und Sicherheitspolitiken wohlhabender Staaten oft verheerende Auswirkungen auf Mensch und Natur anderswo auf der Welt haben. Diese sogenannten Spillover-Effekte entstehen beispielsweise durch die Inkaufnahme schlechter Arbeitsstandards entlang internationaler Lieferketten und die Auslagerung emissionsintensiver Produktionsprozesse. Es ist erfreulich, dass die Bundesregierung auf diese schlechte Platzierung reagiert und in ihrem 2. Freiwilligen Nationalen Umsetzungsbericht zur Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele (FNU) Österreichs, den sie im Juli 2024 den Vereinten Nationen vorlegen wird, auch auf Spillover-Effekte eingeht. Um solche Effekte zu vermeiden, ist es entscheidend, dass Staaten nicht nur die weitreichenden Auswirkungen ihrer Politiken verstehen und messen, sondern auch politische Entscheidungen im Interesse nachhaltiger Entwicklung unter Berücksichtigung des *Leaving-No-One-Behind*-Ansatzes treffen.

Als AG Globale Verantwortung und im Rahmen von SDG Watch Austria setzen wir uns intensiv für die Verwirklichung der Ziele ein. Insbesondere nutzen wir die durch die ersten drei SDG Dialogforen und die Erstellung der zwei Freiwilligen Nationalen Umsetzungsberichte entstandene Dynamik, um die Umsetzung der Agenda 2030 in und durch Österreich im engen Dialog mit verschiedenen Interessengruppen voranzutreiben. Wir werden nicht nur Forderungen an die Regierung, die Interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG), Abgeordnete im Parlament, sowie die Akteur*innen aus Wissenschaft und Wirtschaft stellen, sondern auch aktiv an der Gestaltung dieser Umsetzung mitwirken.

Zusätzlich sehen wir dabei das Thema SDG Mainstreaming in der wirkungsorientierten Verwaltung, bei dem wir bereits Expertise aufgebaut haben, sowie die Weiterführung der Umsetzungspartnerschaft „Resilienz in der Ernährungssicherheit“, die als Innovationspool im Rahmen des 2. SDG Dialogforum 2022 entstanden ist, als zentral an. Unsere Arbeit in den Redaktionsgruppen und im strukturierten Dialog zum 2. FNU, der im Juli 2024 am *High-Level Political Forum* vor der UN präsentiert wird, werden wir weiterführen.

Zielgruppen

- Regierungsmitglieder (bis voraussichtlich Herbst 2024: BK Nehammer, VK Kogler, BM Edtstadler, BM Rauch, BM Schallenberg, BM Gewessler, BM Kocher)

20 SDSN: Sustainable Development Report, S.23, heruntergeladen von: <https://s3.amazonaws.com/sustainabledevelopment.report/2023/sustainable-development-report-2023.pdf>

- Kabinettsmitglieder sowie Vertreter*innen der Verwaltung des BMEIA, BKA, BMAW, BMSGPK, BMK, BMF, BMKÖS
- Interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) zur Agenda 2030
- Politische Entscheidungsträger*innen und Vertreter*innen der Verwaltung auf Länderebene (speziell des Landes Kärnten)
- Bereichssprecher*innen relevanter Parteien
- Rechnungshof

☑ Ziele

Themenarbeit/Advocacy

Wir stehen im Austausch mit staatlichen Akteur*innen zur Umsetzung der Agenda 2030 in und durch Österreich.

Themenarbeit/Advocacy Interessensvertretung

Wir bringen unsere Empfehlungen zur entwicklungspolitischen Perspektive der Agenda 2030 und negative Auswirkungen auf Länder des Globalen Südens (*Spillovers*) in den Redaktionsgruppen des 2. FNU ein.

Themenarbeit/Advocacy

Wir entwickeln SDGWA (z.B.: SDGWA Beratungsgremium etablieren, verstärkt mit der Wissenschaft kooperieren), indem wir weiterhin eine koordinierende und steuernde Funktion bei SDGWA übernehmen

Interessensvertretung

Wir bringen unsere Handlungsempfehlungen aus der Umsetzungspartnerschaft *Resilienz in der Ernährungssicherheit* in den relevanten strategischen Dokumenten ein.

🛠 Maßnahmen & Aktivitäten

- Wir bringen unsere Empfehlungen zur entwicklungspolitischen Perspektive der Agenda 2030 und negativen Auswirkungen auf Länder des Globalen Südens (*Spillovers*) im Rahmen der strukturierten Dialoge im Zuge der Erstellung des 2. FNU ein²¹.
- Wir bringen unsere Vorschläge zu SDG-Mainstreaming in der wirkungsorientierten Verwaltung des Bundes in Gesprächen mit Stakeholdern ein.
- Wir sind im Austausch mit staatlichen Stakeholdern zur Umsetzung der Agenda 2030 auf Länderebene.
- Wir organisieren Runde Tische oder Netzwerktreffen mit Partnern von SDGWA (z.B. UniNetZ) und/oder externen Expert*innen (z.B.: zu SDG-Mainstreaming und Handlungsoptionen aus dem Optionenbericht).
- Wir bringen unsere Handlungsempfehlungen aus der Umsetzungspartnerschaft „Resilienz in der Ernährungssicherheit“ beim 3JP 2025-2027 und der EZA-Afrika Strategie ein.
- Wir organisieren eine Break-Out Session bei einem regionalen SDG Dialogforum (z.B. für Kärnten-Steiermark).
- Wir nehmen an (öffentlichen) Veranstaltungen anderer (z.B.: Workshops, Diskussionen, Vorträge) teil, bei denen wir unsere Empfehlungen zur Umsetzung der Agenda 2030 einbringen.
- Wir nehmen regelmäßig an Steuergruppensitzungen von SDGWA teil.
- Wir bringen uns im Rahmen der Ausarbeitung von Empfehlungen zu Arbeitsschwerpunkten von SDGWA (wie z.B. SDG-Mainstreaming) ein.
- Wir nehmen an Plattformtreffen von SDGWA teil und vernetzen uns mit deren Mitgliedsorganisationen.
- Wir arbeiten punktuell in den Themeninitiativen von SDGWA mit.

²¹ Unter besonderer Berücksichtigung der Expertise unserer Arbeitsgruppen, wie z.B. der AG I&E hinsichtlich der Belange in im Zusammenhang mit Inklusion und Entwicklung.

- Wir begleiten Aktivitäten von SDGWA zur Agenda 2030 mit unserer Presse- & Öffentlichkeitsarbeit.

5.1.2 „Die Qualität der österreichischen und europäischen Entwicklungspolitik wird durch Einbeziehung unserer Expertise gesteigert.“

Entwicklungspolitik

Unsere Aufgabe besteht auch 2024 darin, die Expertise der Zivilgesellschaft in den politischen Diskurs und die Praxis einzubringen. Das *Window of Opportunity*, das sich durch das positive Kapitel zur EZA im Regierungsprogramm und die Beteiligung der Grünen an der Regierung eröffnete und von uns erfolgreich genutzt wurde, um qualitative Verbesserungen in der österreichischen Entwicklungspolitik zu erzielen und das Potenzial einer wirksamen Entwicklungspolitik auszuschöpfen, wird im Jahr 2024 geschlossen. Durch unsere konstruktive Beteiligung an entwicklungspolitischen Prozessen und den Austausch mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen zeigen wir Schwächen auf und identifizieren Potenziale für Verbesserungen.

Dies beinhaltet die Bezugnahme auf inhaltliche Punkte aus dem OECD DAC Peer Review und die konsequente Forderung, niemanden zurückzulassen. Unsere Arbeit zielt dahingehend darauf ab, eine wirksame Entwicklungspolitik und eine solidarische Gesamtpolitik zu fördern. Die großen Herausforderungen und multiplen Krisen, wie die Klimakrise, Konflikte und Armut, erfordern u.a. eine ganzheitliche Herangehensweise und mehr Politikkohärenz in Politik und Verwaltung, wie im OECD DAC Peer Review von 2020²² empfohlen. Dazu gehört die Einhaltung internationaler Vereinbarungen und Verpflichtungen wie die Agenda 2030, Menschenrechte, Inklusion und Klimaziele, sowie transparente und partizipative Prozesse.

Im Hinblick auf das Thema Inklusion stehen für uns die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) und ihrer Prinzipien (Barrierefreiheit, Inklusion, etc.) in Belangen Entwicklungszusammenarbeit, Humanitäre Hilfe und Armutsreduktion im Vordergrund.

Vor diesem Hintergrund geben wir konstruktive Empfehlungen an staatliche Akteur*innen, um die Qualität der österreichischen Entwicklungspolitik und -praxis zu verbessern, Politiken besser abzustimmen und strukturelle Lösungen für globale Herausforderungen zu entwickeln. Dies geschieht in Stellungnahmen, Einzelgesprächen mit staatlichen Akteur*innen und im Dialog mit relevanten Stakeholdern, wobei wir uns auf Fachwissen und überzeugende Argumente stützen.

Im Jahr 2024 stehen für uns zentrale Aufgaben an, darunter die vorzeitige Neuerstellung des Dreijahresprogramms der österreichischen Entwicklungspolitik 2025-2027, das im Mai 2024 vom Minister*innenrat verabschiedet werden soll. Ebenso ist die Ausarbeitung der EZA-Afrika-Strategie für 2024 geplant. Zudem werden wir regelmäßig von verschiedenen Ministerien zu Konsultationen eingeladen, die zum Teil unvorhersehbar sind.

Auf EU-Ebene setzen wir uns dafür ein, dass die europäische Entwicklungspolitik in EU-Strategien und Politiken die Lebensrealitäten und Herausforderungen der Menschen in den Ländern des Globalen Südens angemessen berücksichtigt.

Hinsichtlich des Arbeitsschwerpunkts Entwicklungspolitische Inlands- und Bildungsarbeit haben wir im Jahr 2023 als zusätzliches Kommunikationsmittel zur Erläuterung der Effektivität der entwicklungspolitischen Inlands- und Bildungsarbeit gegenüber politischen und verwaltungsinternen Stakeholder*innen eine Serie von "Erfolgsgeschichten" entwickelt. Diese dienen dazu, die langfristigen Auswirkungen unserer Bildungsarbeit auf verändertes Verhalten und Einstellungen zu verdeutlichen, wie in der Studie "Wirkungsorientierung in der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit"²³ beschrieben. Im Jahr 2024

²² <https://www.oecd.org/dac/peer-reviews/bycountry/austria/>

²³ https://www.waxmann.com/waxmann-buecher/?tx_p2waxmann_pi2%5bbuchnr%5d=3923&tx_p2waxmann_pi2%5baction%5d=show

werden wir im Rahmen der AG PEPI daran arbeiten, um diese Erfolgsgeschichten für unsere politische bzw. Lobbyingarbeit zu optimieren.

Humanitäre Hilfe

2023 wurde die im Regierungsprogramm angekündigte und vom *OECD DAC Peer Review* empfohlene Strategie für die Humanitäre Hilfe Österreichs (SHHÖ) beschlossen. Außenminister Schallenberg hat im EZA Unterausschuss im Oktober 2023 angekündigt, dass Mittel aus dem AKF für langandauernde und/oder „vergessene“ humanitäre Krisen im ersten Quartal 2024 ausgeschüttet werden sollen, um die Planbarkeit der Interventionen für österreichische humanitäre Organisationen zu ermöglichen. Mehrjährige und flexible Finanzierungsmöglichkeiten, insbesondere im Kontext des HDP Nexus und die Einbeziehung der Zivilgesellschaft bei der Umsetzung der SHHÖ bilden Schwerpunkte der Lobbyarbeit der AG Globale Verantwortung. 2024. Zudem widmen wir uns weiterhin im Rahmen des von der ADA finanzierte Programms zur *Qualitätssteigerung der Humanitären Hilfe Österreichs (2022-2025)* neben der der Kapazitätsentwicklungskomponente der Aufbereitung von thematischen Schwerpunkten der Humanitären Hilfe.

Seit 2011 ist der Humanitarian Congress Vienna das Forum in Österreich, um der Humanitären Hilfe eine gemeinsame Stimme zu geben und die vulnerabelsten Menschen für einen Tag in den Fokus des Interesses zu stellen. Der Wert der Präsenzveranstaltung Humanitarian Congress Vienna ist, dass diese Plattform humanitären Akteuren aus unseren eigenen Organisationen, Politik, Academia sowie alliierten Organisationen und Verbänden humanitäre Dringlichkeiten benennen und gemeinsame Ziele vorantreiben lässt. Die AG Globale Verantwortung wird als Koordinator und organisatorischer Lead des Humanitarian Congress Vienna in im nächsten Jahr 2024 die Vorbereitung und inhaltliche Implementierung zum 7. Humanitarian Congress Vienna, der für das erste Quartal 2025 geplant ist, ausführen.

Zielgruppen

- Politische Entscheidungsträger*innen²⁴
- Vertreter*innen des BMEIA (z.B. BM Schallenberg, GS Marschik, Kabinett BMEIA, Leiter Sektion VII, Abteilungsleiter HuHi, Sonderbeauftragte Vilim)
- Vertreter*innen weiterer relevanter Ministerien - des BKA (z.B. Sonderbeauftragter Launsky-Tieffenthal), BMI, BMF, BMJ, BMLV, BMSGPK, BMK, BMKÖS, BMAW, BML, BMBWF
- Vertreter*innen der Europäischen Kommission (insb. DG INTPA)
- Vertreter*innen der Parteien bzw. Abg. zum Nationalrat (entwicklungspolitische Sprecher*innen) und MEPs
- Vertreter*innen der ADA (insbesondere Geschäftsführung, Referat Zivilgesellschaft International/HuHi, Stabsstelle Entwicklungspolitische Kommunikation, Abteilung Internationale Projekte und Programme)
- Vertreter*innen der OeEB
- EZA-Verantwortliche der Bundesländer
- Akteur*innen der internationalen Humanitären Hilfe (DG ECHO, OCHA, INGOs)
- Mitgliedsorganisationen der AG Globale Verantwortung
- Interessierte (Teil-)Öffentlichkeit

Ziele

Themenarbeit/Advocacy

Wir stehen mit staatlichen Akteur*innen im Austausch und bringen unsere Expertise bei der Erstellung entwicklungspolitischer Strategien und strategischen Dokumente bzw. Policies ein.

²⁴ Speziell bei Themen die die europäische Entwicklungspolitik betreffen: BK Nehammer, BM Schallenberg, BM Brunner.

Themenarbeit/Advocacy

Wir stehen im Austausch mit unserem europäischen Dachverband CONCORD und bringen unsere Expertise und Positionen bei europäischen Entscheidungsträger*innen und Institutionen sowie in europäischen Policy- und Strategieprozessen ein.

Interessensvertretung Presse-, Öffentlichkeits- & Informationsarbeit Arbeitsgruppen

Wir halten die Regierung in der Verantwortung die Verpflichtungen der Strategie für die Humanitäre Hilfe Österreichs (SHHÖ) konsequent umzusetzen.

Themenarbeit/Advocacy Interessensvertretung Arbeitsgruppen

Wir stehen mit staatliche Akteur*innen im Austausch und vermitteln ihnen Kenntnisse zu Grundlagen sowie Herausforderungen und empfehlen ihnen Verbesserungsmöglichkeiten von Österreichs Humanitärer Hilfe zur Verbesserung ihre Entscheidungsprozesse.

Themenarbeit/Advocacy Interessensvertretung Arbeitsgruppen

Wir steigern den Präsenz der entwicklungspolitischen Inlands- und Bildungsarbeit und platzieren deren Arbeit als wesentliche (Teil-)Antwort auf multiple Krisen.

Themenarbeit/Advocacy Interessensvertretung Arbeitsgruppen

Wir setzen uns für die Erarbeitung einer Inklusionsstrategie für die österreichische Entwicklungspolitik ein und unterstützen bei deren Erarbeitung.

Maßnahmen & Aktivitäten

Entwicklungspolitik

- Wir führen Gespräche mit dem BMEIA und weiteren relevanten Ministerien und erstellen schriftliche Stellungnahmen betreffend die Erstellung entwicklungspolitischer Strategien und strategische Dokumente bzw. Policies (z.B. *Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik 2025-2027*, *EZA-Afrika Strategie*, *Strategischer Leitfaden Entwicklungspolitische Kommunikation und Bildung*).²⁵
- Wir formulieren Stellungnahmen/Briefe zu entwicklungspolitischen Themen, die ad hoc relevant sind (beispielsweise Stellungnahmen im Vorfeld der EU-EZA Räte).
- Wir setzen uns gemeinsam mit unseren Mitgliedsorganisationen Caritas und Rotes Kreuz in Gesprächen mit Vertreter*innen des BMEIA für die Aufnahme der AG Globalen Verantwortung (zusätzlich zu Caritas und Rotem Kreuz) in den entwicklungspolitischen Beirat des Außenministers ein
- Wir verfolgen politische Debatten in der EU hinsichtlich Entwicklungspolitik in Kooperation mit CONCORD.
- Wir unterstützen Stellungnahmen von CONCORD an europäische Entscheidungsträger*innen und Institutionen.
- Wir nehmen regelmäßig an Treffen der CONCORD Workstream-Meetings teil.
- Wir bereiten im Rahmen der AG PEPI Erfolgsgeschichten der entwicklungspolitischen Inlands- und Bildungsarbeit auf und verknüpfen diese mit unserem Argumentationsleitfaden, dass sie für unsere politische bzw. Lobbyingarbeit verwendbar sind.
- Wir führen im Rahmen der AG PEPI Gespräch mit weiteren Akteur*innen (insb. m BMBWF) zur Absicherung der entwicklungspolitischen Inlands- und Bildungsarbeit und deren Einbindung in die Bildungsinitiativen (insbesondere mit Blick auf die Agenda 2030 und die Notwendigkeit einer „breiten Nachhaltigkeitskampagne in der Aus- und Weiterbildung“, wie sie im Rapport des Innovationspools *Skills 2030* an erster Stelle genannt wurde).
- Wir führen Gespräche mit der Stabstelle Entwicklungspolitische Kommunikation der ADA im Rahmen unseres bestehenden Strukturierten Dialogs.
- Wir koordinieren uns und stimmen uns eng in der AG PEPI eng zum Schwerpunktthema entwicklungspolitischen Inlands- und Bildungsarbeit ab.

²⁵ Unter besonderer Berücksichtigung der Expertise unserer Arbeitsgruppen, wie z.B. der AG I&E im Zusammenhang mit Qualitätskriterien zur Inklusion und Barrierefreiheit von Menschen mit Behinderungen.

- Wir erarbeiten im Rahmen der AG I&E Inputs in Form von Handlungsempfehlungen und dgl. für die Erarbeitung einer Inklusionsstrategie der österreichischen Entwicklungspolitik.
- Wir arbeiten im Rahmen der AG I&E aktiv im Arbeitskreis *Menschen mit Behinderungen* (AK-MMB) des BMEIA im Sinne einer gesamtstaatlichen Plattform zusammen.
- Wir begleiten unsere entwicklungspolitischen Aktivitäten, wo angemessen, mit unserer Presse- & Öffentlichkeitsarbeit.

Humanitäre Hilfe

- Wir finalisieren unser *Basisinformationspaket Humanitäre Hilfe* mit acht Themenschwerpunkten.
- Wir führen mit mindestens neun staatlichen Akteur*innen und neun Akteur*innen der internationalen Humanitären Hilfe (INGOs, ECHO, etc.) Gespräche.
- Wir koordinieren uns, tauschen uns aktiv zu aktuellen Themen im Bereich der Humanitären Hilfe aus und stimmen uns eng im Rahmen der AG HUHI ab.
- Wir bringen unsere Empfehlungen für die Humanitäre Hilfe (u.a. Vorschläge zur Umsetzung und Erfolgsmessung der SHHÖ) in Gesprächen mit staatlichen Akteur*innen, sowie in den Sitzungen der Humanitären Koordinationsplattform und anderen relevanten Sitzungen ein.²⁶
- Wir übergeben dem BMEIA (Abteilungsleiter HuHi & SB HuHi) Ende des 3. Quartals eine Stellungnahme mit Vorschlägen für die Schwerpunkte des AKF 2025.
- Wir organisieren zwei Runde Tisch mit staatlichen Akteur*innen zu Grundlagen, Herausforderungen und Verbesserungsmöglichkeiten von Österreichs Humanitärer Hilfe.
- Wir erarbeiten im Rahmen der AG I&E Inputs in Form von Umsetzungsvorschlägen, Minimumstandards und dgl. für eine inklusive und barrierefreie Gestaltung der Humanitären Hilfe.
- Wir stimmen uns regelmäßig mit den Vertreter*innen der ADA, des BMEIA und der Sonderbeauftragten für Humanitäre Hilfe (mind. 1 Mal/Monat) und dem Abteilungsleiter für HuHi (min 3 Mal/ Jahr) ab.
- Wir entwickeln im Rahmen der AG HUHI Forderungen zur Humanitären Hilfe für ein neues Regierungsprogramm.
- Wir bereiten den 7. Humanitarian Congress Vienna organisatorisch und inhaltlich entlang eines aufgefrischten Kongress-Konzepts vor.²⁷

5.1.3 „Entwicklungspolitische Anliegen werden in Regierungs- (Österreich) bzw. Arbeitsprogrammen (EU) abgebildet.“

Im Rahmen unserer Kampagnenarbeit ermöglichte es uns in den letzten Jahren der direkte Zugang zu den Kabinetten der Minister*innen, erhebliche Fortschritte in der internationalen Armutsbekämpfung zu erzielen.²⁸ Es ist jedoch zu beachten, dass dieses günstige Zeitfenster im Wahljahr 2024 nur eingeschränkt nutzbar sein wird. In der Vorwahlzeit sind Profilierungsmöglichkeiten für den Koalitionspartner unpopulär und Blockaden treten häufiger auf (außerdem wird diese Bundesregierung kein weiteres Budget mehr verabschieden).

Daher werden wir im Jahr 2024 in unserer Kampagnenarbeit weiterhin sowohl reaktiv auf politische und mediale Ereignisse in unseren Themenbereichen reagieren als auch proaktiv auf geplante Schwerpunktthemen setzen. Im Besonderen werden wir aber unsere Lobbyarbeit bei den Parteien verstärken, um uns auf die kommenden Regierungsverhandlungen vorzubereiten, denn das Wahljahr 2024, das sowohl die EU- als auch die Nationalratswahl in Österreich umfasst, wird die Ausrichtung der österreichischen Entwicklungspolitik für die nächsten fünf Jahre maßgeblich bestimmen. Wir arbeiten daher intensiv

²⁶ Unter besonderer Berücksichtigung der Expertise unserer Arbeitsgruppen, wie z.B. der AG I&E,

²⁷ U.a. geschieht dies unter Einbindung der inhaltlichen Expertise der AG HUHI aber auch der AG I&E, um dem Thema Inklusion mehr Gewicht zu geben und einen barrierefreien und inklusiven HuCo 2025 sicherzustellen.

²⁸ Beispiele hierfür sind die Widmung von Mitteln für die internationale Klimafinanzierung des BMK in bilateralen entwicklungspolitischen Projekten sowie die erstmalige Budgetierung von 15 Millionen Euro für das Jahr 2024 durch das BMSGPK für armutsreduzierende Maßnahmen in Drittländern.

daran, um teilweise gemeinsam mit CONCORD und teilweise gemeinsam mit unseren Mitgliedsorganisationen sicherzustellen, dass entwicklungspolitische Themen in den politischen Diskussionen angemessen berücksichtigt werden.

Vor diesem Hintergrund streben wir einen intensiven Austausch mit den politischen Parteien an, um die Bedeutung der Entwicklungspolitik hervorzuheben und transparent zu machen. Dieser Dialog zielt darauf ab, Trends und Szenarien frühzeitig zu identifizieren und den Kontakt zu den relevanten politischen Akteur*innen aufzunehmen oder zu verstärken, um sicherzustellen, dass diese die Entwicklungspolitik und unsere Anliegen angemessen berücksichtigen.

Hinsichtlich der Nationalratswahl konzentrieren wir uns darauf, das Bewusstsein für globale Herausforderungen zu schärfen und die politischen Entscheidungsträger*innen dazu zu ermutigen, konkrete Maßnahmen für eine nachhaltige und gerechte Entwicklung mitzutragen. Entscheidend wird es sein, den Zugang zu Schlüsselpersonen in den *ansprechbaren* Parteien ÖVP, SPÖ, Grüne und NEOS sicherzustellen, da die Zusammensetzung der künftigen Bundesregierung noch ungewiss ist. Dahingehend arbeiten wir daran, unsere Kontakte zur ÖVP zu vertiefen, während wir auch verstärkt die Beziehungen zur SPÖ und NEOS pflegen, da die Zusammensetzung der nächsten Bundesregierung noch ungewiss ist.

Besonders im Mai 2024, wenn die EU-Wahlen stattfinden, werden wir uns darauf konzentrieren, nicht nur entwicklungspolitische Anliegen zu betonen, sondern auch demokratische und europäische Werte zu unterstreichen und die Bürger*innen zur Teilnahme an den Wahlen zu ermutigen. Wir werden Kontakte zu österreichischen Kandidat*innen sowie zu den gewählten Mitgliedern des Europäischen Parlaments aufbauen, um deren Bewusstsein für unsere Anliegen zu schärfen. Unsere inhaltlichen Schwerpunkte werden dabei globale Ungleichheiten und PCSD sein. Dabei werden unsere Aktivitäten in Abstimmung mit den europaweiten Maßnahmen von CONCORD durchgeführt, die derzeit erarbeitet werden.

Darüber hinaus planen wir den Dialog mit Journalist*innen, um sicherzustellen, dass die Entwicklungspolitik während der Wahlkämpfe angemessen in den Medien behandelt wird. Unser Ziel ist es, Fragen, die wir in den Wahlkampf einbringen, und Diskussionen, die wir anstoßen, dazu zu nutzen, das Bewusstsein für globale Herausforderungen zu schärfen und Politiker*innen dazu zu inspirieren, konkrete Maßnahmen für eine nachhaltige und gerechte Entwicklung zu erarbeiten.

Zielgruppen

- Politiker*innen (Kandidat*innen zur EU Wahl, Spitzenkandidat*innen NRW, thematisch nahe Kandidat*innen, Entscheidungsträger*innen in den Parteien, Koalitionsverhandler*innen)
- Österreichische Kandidat*innen für die Wahlen zum EP
- Medienvertreter*innen (insbesondere Journalist*innen)
- Politikberater*innen (u.a. Think-Tanks und Forschungseinrichtungen)

Ziele

Interessensvertretung

Wir setzen uns für die möglichst prominente Abbildung der Entwicklungspolitik in den Wahlprogrammen der Parteien, die bei den Nationalrats- und Europawahlen antreten, ein.

Interessensvertretung | Presse-, Öffentlichkeits- & Informationsarbeit

Wir nutzen die erhöhte Aufmerksamkeit in den Wahlkämpfen, um entwicklungspolitische Themen in die Öffentlichkeit zu tragen.

Interessensvertretung

Wir reagieren flexibel auf politische und mediale Ereignisse im Zusammenhang mit unseren Themen und setzen gleichzeitig aktiv und gezielt auf geplante Schwerpunktthemen in unserer Kampagnen- und Lobbyarbeit.

Maßnahmen & Aktivitäten

- Wir betreiben im Zuge der Wahlkämpfe gemeinsam mit unseren Mitgliedsorganisationen laufendes, zielgerichtetes Lobbying bei ÖVP, SPÖ, NEOS und Grünen (in Österreich unter Verwendung der 2023 erarbeiteten parteispezifischen Narrative; auf EU-Ebene in Abstimmung mit CONCORD) sowie punktuelles Lobbying bei der FPÖ.
 - Grüne (Prioritäten festlegen):
 - Wir treffen regelmäßig entwicklungspolitische Stakeholder*innen der Grünen, um inhaltliche Anliegen zu besprechen.
 - Wir erstellen klare Empfehlungen, um politische Entscheidungsträger*innen zu überzeugen.
 - SPÖ und NEOS (Partnerschaften aufbauen):
 - Wir suchen den Dialog mit Politiker*innen und Entscheidungsträger*innen der SPÖ und NEOS, um gemeinsame Anliegen zu diskutieren.
 - Wir bieten relevante Informationen, um die Relevanz unserer Anliegen zu erhöhen.
 - ÖVP (Vertrauen aufbauen):
 - Wir bereiten uns sorgfältig auf Gespräche mit Vertreter*innen der ÖVP vor und fokussieren auf die Bereiche, in denen gemeinsame Interessen und Ziele bestehen. Wir sprechen gezielt Christlich-Soziale in der ÖVP an, die unseren Themen meist positiv gegenüberstehen und ersuchen sie, sich innerhalb der ÖVP dafür einzusetzen.
- Wir erweitern, je nach Erfordernis, unser Lobbying auf potentiell relevante Wahlwerber*innen, die im Jahr 2024 hinzukommen mögen (z. B. Liste Othmar Karas oder Bierpartei).
- Wir übermitteln, gemeinsam mit unseren Mitgliedsorganisationen Lobbyingschreiben bzw. Stellungnahmen und ein *Factsheet Entwicklungspolitik* an alle Parteien (an alle Personen, die für die Wahlprogramme verantwortlich sind) mit der Aufforderung, Entwicklungspolitik sowohl in den Lang- als auch Kurzversionen ihrer Wahlprogramme mehr Bedeutung einzuräumen und der Information, dass wir entwicklungspolitische Programminhalte vergleichen und veröffentlichen werden.
- Wir analysieren die entwicklungspolitischen Inhalte der Wahlprogramme aller Parlamentsparteien, veröffentlichen die ausgewerteten Ergebnisse auf unserer Webseite und machen im Rahmen unserer Öffentlichkeitsarbeit darauf aufmerksam (Nationalrats- und EU-Wahl).
- Wir stellen den Spitzenkandidat*innen der Nationalrats- und EU-Wahl fünf bis sechs Fragen zu ihrer Position zur Entwicklungspolitik, veröffentlichen die ausgewerteten Ergebnisse/ Antworten der Spitzenkandidat*innen des Wahlchecks auf unserer Webseite und machen im Rahmen unserer Öffentlichkeitsarbeit darauf aufmerksam (z.B. in einer Pressekonferenz, im Rahmen einer Aktion oder Medienkooperation).
- Wir senden drei bis vier Tage vor zentralen Interviews oder Diskussionsrunden Briefings an die jeweiligen Gäste sowie Vorschläge für Fragen und das *Factsheet Entwicklungspolitik* an Moderator*innen öffentlich-rechtlicher sowie privater Fernseh- und Hörfunksender.
- Wir schlagen bei Interviews und Diskussionen rund um entwicklungspolitisch relevante Tage (z.B. dem Tag der Humanitären Hilfe am 19. August) den Redaktionen passende Fragen vor.
- Wir erarbeiten während der Wahlkämpfe gezielte Briefings für entwicklungspolitisch affine Politiker*innen, um sie dabei zu unterstützen, Entwicklungspolitik fundiert in Sendungen einzubringen (z.B. in Fernsehduellen).
- Wir stellen bei faktenwidrigen Behauptungen durch Kandidat*innen in den Wahlkämpfen mittels Info an das jeweilige Medium oder auch per Presseaussendung die Fakten richtig.
- Wir veranstalten eine Diskussionsveranstaltung zu Entwicklungspolitik mit den Spitzenkandidat*innen bzw. mit dem Thema vertrauten Kandidat*innen (EU-Wahl), idealerweise im Rahmen einer Medienkooperation.
- Wir betreiben nach der Nationalratswahl und EU-Wahl verstärktes Lobbying im Zuge der Regierungsverhandlungen.

5.1.4 „Internationale Finanzinstitutionen und die OeEB unterstützen entwicklungspolitische Ziele und setzen strenge Umwelt- und Sozialstandards zum Schutz von Projektbeteiligten.“

Mehr als ein Viertel der österreichischen ODA-Mittel werden über *Internationale Finanzinstitutionen* (IFIs) und die Österreichische Entwicklungsbank (OeEB) umgesetzt (2021: IFIs - 21,87%, OeEB - 4,28%²⁹). Damit die Programme und Projekte dieser Akteure tatsächlich Menschen in Ländern des Globalen Südens zugutekommen und im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung sind, ist die Einhaltung hoher Umwelt- und Sozialstandards essentiell. Dafür setzen wir uns gemeinsam mit österreichischen Kooperationspartner*innen und anderen internationalen NROs³⁰ ein, beispielsweise in Stellungnahmen an die *Asiatische Infrastrukturinvestmentbank* (AIIB) sowie die *Europäische Investitionsbank* (EIB), aber auch in Gesprächen mit Vertreter*innen des Finanzministeriums und der OeEB. Auf nationaler Ebene haben wir uns in den vergangenen Jahren als zivilgesellschaftlicher Kontaktpunkt für Fragen betreffend *Internationaler Finanzinstitutionen* etabliert, was von Vertreter*innen des Finanzministeriums und der OeEB geschätzt wird. Das werden wir weiter nutzen, um unsere Anliegen vorzubringen.

Zielgruppen

- Vertreter*innen staatlicher Akteur*innen, insbesondere BMF, OeEB, BMEIA
- Vertreter*innen Internationaler Finanzinstitutionen und multilateraler Banken

Ziele

Interessensvertretung Themenarbeit/Advocacy

Wir nehmen weiterhin unsere Rolle als österreichischer Kontaktpunkt für das BMF, internationale NRO-Netzwerke und andere Stakeholder*innen für Fragen betreffend Internationale Finanzinstitutionen wahr.

Interessensvertretung Themenarbeit/Advocacy

Wir setzen unseren kritischen Dialog mit der OeEB fort und bringen konkrete Vorschläge beispielsweise für die Stärkung der Menschenrechte in der Arbeit der OeEB ein.

Maßnahmen & Aktivitäten

- Wir führen ein Gespräch mit dem BMF zu Klimastrategien und Paris Alignment von IFIs im ersten Halbjahr 2024.
- Wir nehmen an zumindest einer öffentlichen Konsultation einer IFI (Fokus EIB/AIIB) teil und leiten unsere Stellungnahme an die zuständige Abteilung im BMF weiter.
- Wir tauschen uns regelmäßig mit internationalen zivilgesellschaftlichen Netzwerken aus, die zu IFIs (EuroIFI-Netzwerk) bzw. speziell zur EIB (EIB Human Rights-Netzwerk) und zur AIIB (Europa-AIIB-Netzwerk) arbeiten.
- Wir führen den Dialog mit dem BMF zu den IFIs fort.
- Wir tauschen uns mit zivilgesellschaftlichen Organisationen in Österreich und international über OeEB-finanzierte Projekte sowie zivilgesellschaftliche Anliegen aus.
- Wir bringen in Gesprächen und über schriftliche Stellungnahmen laufend Empfehlungen ein, unter anderem für die Umsetzung einer neuen Menschenrechtsstrategie der OeEB oder für eine erhöhte Transparenz der Bank.

²⁹ BMEIA (2022): ODA-Bericht 2021. URL: https://www.entwicklung.at/fileadmin/user_upload/Dokumente/Publicationen/ODA-Berichte/ODA-Bericht_2021_01.pdf

³⁰ Wir stehen unter anderem in regelmäßigen Austausch mit urgewald, ReCourse, Counter:Balance und Eurodad.

5.2 Cluster Entwicklungsfinanzierung

5.2.1 „Entwicklungspolitik wird finanziell abgesichert und auf das 0,7%-Ziel hingeleitet, während die ODA-Statistik verbessert wird.“

Um Armut und Ungleichheiten zu reduzieren und die Agenda 2030 umzusetzen, bedarf es einer gezielten Finanzierung. Entwicklung ist ein wichtiges Instrument zur Unterstützung von Regierungen und Zivilgesellschaft in Ländern des Globalen Südens. Die Entwicklungsgelder der OECD-Länder sind 2022 im Vergleich zu 2021 um 13,6% gestiegen. Der Anstieg ist in erster Linie auf die Kosten für Geflüchtete in Geberländern zurückzuführen (*in-donor refugee costs*)³¹ sind. Wir erwarten jedoch weiterhin, dass die ODA-Quoten³² in den kommenden Jahren stagnieren und die Unterstützung für die ärmsten Länder (LDCs) abnehmen wird. Daher ist eine internationale Kraftanstrengung notwendig, um besonders bedürftige Menschen in Zeiten multipler Krisen zu unterstützen.

Die EU erreichte im Durchschnitt eine ODA-Quote von 0,57% und meldete der OECD ODA-Beiträge in Höhe von insgesamt 792 Mrd. \$³³. Damit behielt die EU 2021 ihre Position als weltweit größter ODA-Geber vor den Vereinigten Staaten, Japan, dem Vereinigten Königreich und Kanada bei. Dennoch sind diese Ausgaben unzureichend, um effektiv auf die Auswirkungen multipler Krisen wie hohe Inflation und Zinsen zu reagieren. Die EU hat weiterhin Schwierigkeiten, die LDCs angemessen zu unterstützen. Ihr Fokus liegt unverhältnismäßig stark auf europäischen Nachbarländern und weniger auf LDCs.

Auf europäischer Ebene legte die europäische Kommission mit dem Mehrjährigen Finanzierungsrahmen der EU (MFR) für 2021 bis 2027 Prioritäten für die europäische Entwicklungspolitik der nächsten Jahre fest. Die Vergrößerung der geographischen Säulen sowie die damit einhergehende Verringerung der thematischen Säule im MFR schränkt den zivilgesellschaftlichen Handlungsraum in EU-Partnerländern sowie dessen Finanzierung ein.

Österreichs Entwicklungshilfeleistungen blieben 2022 nach wie vor auf bescheidenem Niveau und lagen weiterhin unter dem international vereinbarten Ziel, 0,7% des Bruttonationaleinkommens (BNE) für Entwicklungshilfeleistungen zur Verfügung zu stellen. Laut OECD stieg Österreichs (vorläufige) ODA-Quote im Jahr 2022 von 0,31% (2021) auf 0,39% des BNE. Diese Zunahme um 0,08% gegenüber 2021 ist jedoch hauptsächlich auf die gestiegenen Kosten für die Betreuung von Schutzsuchenden, insbesondere aus der Ukraine, zurückzuführen.

Mit dem Beschluss des Budgets für 2024 zeigt sich eine herausfordernde finanzielle Situation was die entwicklungspolitischen Budgetmittel für das nächste Jahr betrifft: Die Mittel stagnieren aufgrund der hohen Inflation, obwohl zusätzliche Mittel aus verschiedenen Ressorts bereitgestellt werden. Die angestrebte schrittweise Erhöhung hin zum 0,7%-Ziel bleibt daher weit entfernt und ein klarer Stufenplan zur Erreichung des 0,7%-Ziels, wie es im Regierungsprogramm festgelegt und im OECD DAC Peer Review 2020 empfohlen wurde, fehlt weiterhin. Zudem bleibt ein EZA-Finanzierungsgesetz im Finanzministerium unbeliebt.

Wesentliche Eckdaten des Budgets 2024 für uns sind, dass die ADA 137 Mio. Euro und der AKF 80 Mio. Euro erhalten, letzteres bedeutet nominell eine leichte Steigerung. Die Wahrscheinlichkeit weiterer Erhöhungen der bilateralen Mittel der ADA im Jahr 2024 sind im Übrigen äußerst gering. Das BMSGPK stellt erstmals 15 Mio. Euro für armutsreduzierende Maßnahmen und Gesundheitsförderung in Drittländern bereit, etwas, wofür wir uns auf höchster politischer Ebene stark eingesetzt haben.³⁴ Im Klimaschutzressort stehen im Jahr 2024 90 Mio. Euro für internationale Klimaschutzprogramme zur

³¹ <https://www.oecd.org/dac/financing-sustainable-development/ODA-2022-summary.pdf>

³² Das OECD DAC hat beschlossen, die ODA-Statistik zu modernisieren, was zu einer nicht mehr vergleichbaren und statistisch problematischen Berechnung der ODA führt.

³³ <https://www.oecd.org/dac/financing-sustainable-development/ODA-2022-summary.pdf>

³⁴ Ob die Mittel bi- oder multilateral ausgeschüttet werden, wird sich jedoch erst im November 2023 klären.

Verfügung. Das BML finanziert das WFP mit 18 Millionen Euro. Multilaterale Mittel könnten um 75 Mio. Euro reduziert werden³⁵, was die ODA empfindlich beeinflussen würde.

Im Jahr 2023 liegt unser Fokus darauf, die erzielten Fortschritte zu sichern und uns auf mögliche alternative Koalitionsformen vorzubereiten. Wir werden unsere Lobbying-Bemühungen verstärken, insbesondere im Hinblick auf die Budgetverhandlungen einer potenziell neuen Regierung, mit dem Ziel, Kürzungen zu verhindern und um gesteigerte entwicklungspolitische Mittel sicherzustellen.³⁶

Zielgruppen

- politische Entscheidungsträger*innen und Spitzenbeamte im BMKÖS, BMSGPK, BMK, BMEIA, BMF (Kabinette)
- relevante Abgeordnete der Regierungsparteien (Grüne, ÖVP) sowie der Oppositionsparteien (SPÖ, NEOS)
- Mitglieder des OECD-DAC Ausschusses.

Ziele

Interessensvertretung Themenarbeit/Advocacy Arbeitsgruppen

Wir werden dazu beitragen, die für nachhaltige Entwicklung in Ländern des Globalen Südens bereitgestellten Mittel zu erhöhen und sicherstellen, dass sie denjenigen zugutekommen, die Unterstützung benötigen, um ein menschenwürdiges Leben zu führen.

Themenarbeit/Advocacy

Wir sind im Austausch mit dem OECD DAC und staatlichen Akteur*innen betreffend eine effizientere, umfassendere und qualitativ verbesserte ODA Statistik.

Themenarbeit/Advocacy Arbeitsgruppen

Wir pflegen den Austausch zu aktuellen Entwicklungen in der Finanzierung von entwicklungspolitischen NRO und diskutieren daraus resultierende Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten.

Themenarbeit/Advocacy Arbeitsgruppen

Wir bauen die Austauschmöglichkeiten mit dem BMK bzw. mit KPC aus, um eine effizientere Abwicklung von Förderverträgen zu ermöglichen.

Maßnahmen & Aktivitäten

- Wir betreiben, gemeinsam mit unseren Mitgliedsorganisationen, laufendes, zielgerichtetes Lobbying bei ÖVP, SPÖ, NEOS und Grüne (sowie zusätzliche potentielle Wahlwerber*innen) unter Verwendung der 2023 erarbeiteten parteispezifische Narrative, um auf die Relevanz von adäquaten und gesteigerten entwicklungspolitische Mittel hinzuweisen (siehe Details dazu auch unter 5.1.3).
- Wir betreiben verstärktes Lobbying bei Regierungsverhandlungen, um möglichst hochgesteckte entwicklungspolitische Ziele im nächsten Regierungsprogramm sicherzustellen.
- Wir stimmen uns, insofern bilateral relevant, im Rahmen der AG KOFI mit unseren Mitgliedsorganisationen und dem Kabinett des BMSGPK über die inhaltliche Ausrichtung der Projekte des BMSGPK (neue Budgetlinie) ab.
- Wir fordern in Gesprächen und Stellungnahmen mit staatlichen Akteur*innen eine angemessene Finanzierung der ADA, um sicherzustellen, dass sie über die erforderlichen Kapazitäten und Ressourcen verfügt, um die Mittel angemessen abzuwickeln und so ihrer maßgeblichen Rolle in der Umsetzung der entwicklungspolitischen Strategien gerecht zu werden.

³⁵ Auch das klärt sich endgültig im November 2023, wenn alle Budgetblätter finalisiert sind.

³⁶ Darüber hinaus hat die Diskussion über die Entschuldung der ärmsten Länder aufgrund der negativen Auswirkungen multipler Krisen, wie Preissteigerungen bei Lebensmitteln, Inflation, Währungsabwertungen und hohe Kreditzinsen, wieder an Bedeutung gewonnen. Wir verfolgen nationale und internationale Entwicklungen im Zusammenhang mit dieser Debatte aufmerksam.

- Wir bemühen uns im Austausch mit Vertreter*innen des BMEIA um eine vorausschauende Planung sowie einen Beschluss der Bundesregierung zur Ausschüttung aus dem AKF für langanhaltende Krisen mit einem Drittel der Mittel für österreichische humanitäre Organisationen bis spätestens Ende Februar 2025.
- Wir führen Gespräche mit dem BMK bzw. mit KPC zur Abwicklung von BMK-Förderungen in enger Abstimmung mit der AG KOFI.
- Wir sensibilisieren, in enger Abstimmung mit der AG KOFI, österreichische Entscheidungsträger*innen in den relevanten Ministerien über Budgetentwicklungen auf EU Ebene und ihren nationalen Einflussmöglichkeiten.
- Wir fordern in Gesprächen und Stellungnahmen mit staatlichen Akteur*innen...
 - eine kontinuierliche Aufstockung der AKF-Mittel (ab 2025) um 20 Mio. Euro jährlich bis 2030 auf 200 Mio. Euro, um weiterhin langfristige Krisen abzudecken und ausreichend Mittel für akute Katastrophen und Krisen zur Verfügung zu stellen.
 - jährlichen Erhöhung der Mittel der ADA um zusätzliche 25 Mio. Euro in den nächsten vier Jahren
 - die Bereitstellung von flexiblen Finanzierungsinstrumenten (angelehnt an die in der SHHÖ aufgezeigten Finanzierungslücken insbesondere im Bereich der Katastrophenvorsorge, Anticipatory Action, Triple Nexus), die nicht durch den AKF abgedeckt sind.
 - mehrjährige Verträge für protracted crisis.
- Wir verschicken Stellungnahmen an das OECD DAC mit Empfehlungen zu ODA Anrechnungen und zur Statistik (gemeinsam mit Eurodad).
- Wir arbeiten am CONCORD *AidWatch Report 2024*, speziell der Country Page für *Österreich*, mit.
- Wir beobachten die Entwicklungen im OECD DAC zu ODA Anrechenbarkeit (insbesondere der *Working Party for Statistics*) und die Empfehlungen des DAC zur Finanzierung der SDGs sowie zu nachhaltiger Entwicklung.
- Wir monitoren die Entwicklungen zum Thema Global Public Investment.
- Wir stimmen uns mit CONCORD ab und arbeiten im Rahmen der AG KOFI im CONCORD *Workstream Financing for Sustainable Development (FFSD)* mit.
- Wir kommunizieren Empfehlungen von CONCORD zu EU MFF-Instrumenten und Programmierungen an unsere Mitgliedsorganisationen.
- Wir monitoren die Entwicklungen zur Entschuldung des Globalen Südens, inkl. EU Ebene, OECD und Internationale Finanzinstitutionen.
- Wir tauschen uns regelmäßig im Rahmen der AG KOFI, speziell zu Entwicklungsfinanzierung über Förderinstrumenten institutioneller Geber (v.a. EU und ADA) aus.
- Wir erarbeiten im Rahmen der AG KOFI Augmentationen für Lobbyarbeit zu NRO Förderinstrumenten bei unterschiedlichen öffentlichen Gebern (z.B. zu administrativen und finanziellen Rahmenbedingungen der ADA).
- Wir begleiten unsere Arbeit zu Entwicklungsfinanzierung, wo angemessen, mit unserer Presse- & Öffentlichkeitsarbeit.

5.2.2 „Österreichische NRO können ihre Arbeit ungehindert fortführen, ohne durch Antiterrorismusfinanzierungs-Vorschriften beeinträchtigt zu werden.“

, Das Thema Antiterrorismus hat im Jahr 2023 Fahrt aufgenommen (u.a. Einfrieren österreichischer Hilfsgelder an Palästina aufgrund des Terrors der Hamas, NRO-Befragung des BMF zu Terrorismusfinanzierungsrisiko) und wird auch 2024 verstärkt unsere Aufmerksamkeit erfordern. Denn Österreich wird als Mitglied der Financial Action Task Force (FATF), einer internationalen Arbeitsgruppe, die Standards zum Schutz des globalen Finanzsystems vor Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung entwickelt, 2024/25 einer Länderüberprüfung unterzogen. Einer der FATF-Standards (Recommendation 8) zielt speziell auf den Schutz des NPO-Sektors vor Missbrauch für terroristische Zwecke ab und Österreich arbeitet derzeit verstärkt an der Umsetzung dieser Recommendation. Insbesondere führt das BMF eine NRO-Sektor-Risikoanalyse durch, deren Inhalt sich negativ auf die Arbeit unserer Mitgliedsorganisationen

auswirken kann, sollte die Darstellung des Sektors undifferenziert ausfallen. Zu befürchten sind unter anderem Schwierigkeiten im internationalen Zahlungsverkehr aufgrund eines verstärkten de-riskings österreichischer Banken. Unabhängig davon ist seit 3. November 2023 außerdem eine neue Leitlinie der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA/GL/2023/03) in Kraft, die europäischen Finanzinstituten eine verschärfte Überprüfung von NRO-Kund*innen auferlegt. Wie streng die Umsetzung in Österreich erfolgen wird, ist derzeit noch unklar.

Die AG Globale Verantwortung beobachtet diese Entwicklungen und Prozesse kritisch und bringt sich in Abstimmung mit anderen NRO-Interessensvertretungen konstruktiv ein, um negative Auswirkungen auf unsere Mitgliedsorganisationen möglichst zu verhindern. Zu diesem Zweck haben wir bereits 2023 das "NPO-Netzwerk Antiterrorismus" ins Leben gerufen, um ein abgestimmtes Auftreten des NRO-Sektors gegenüber dem BMF sicherzustellen. Darüber hinaus werden wir 2024 weiterhin die Umsetzung von UN- und EU-Sanktionen durch Österreich monitoren und aktiv werden, sollte sich eine Verschärfung abzeichnen. In unserer Öffentlichkeitsarbeit werden wir wie gehabt die professionelle Arbeit unserer Mitgliedsorganisationen betonen, die zahlreiche präventive Maßnahmen setzen, um den Missbrauch für terroristische Zwecke vorzubeugen.

Zielgruppen

- Staatliche Akteur*innen, insbesondere BMF, BMI, FMA
- Finanzinstitute
- Mitgliedsorganisationen der AG Globale Verantwortung

Ziele

Interessensvertretung Themenarbeit/Advocacy

Wir fungieren als Kontaktpunkt zwischen BMF und unseren Mitgliedsorganisationen zum Thema Antiterrorismus.

Interessensvertretung Themenarbeit/Advocacy

Wir setzen uns für eine differenzierte Darstellung des NPO-Sektors in der NPO-Sektor-Risikoanalyse des BMF ein.

Kapazitätsentwicklung

Wir unterstützen unsere Mitgliedsorganisationen bei der Suche nach Lösungen für Schwierigkeiten, die sich aufgrund von Antiterrorismusfinanzierungs-Vorschriften für ihrer Projektarbeit ergeben.

Maßnahmen & Aktivitäten

- Wir nehmen mündlich und schriftlich Stellung gegenüber dem BMF (u.a. zur NPO-Sektor-Risikoanalyse) und ggf. gegenüber anderen Behördenvertreter*innen.
- Wir sind ständiges Mitglied der BMF-Projektgruppe *Schutz vor Terrorismusfinanzierung im gemeinnützigen Bereich*, nehmen an den Sitzungen teil und bringen unsere Anliegen und Expertise ein.
- Wir koordinieren Abstimmungstreffen mit anderen NPO-Interessensvertretungen und entwicklungspolitischen und humanitären Organisationen in dem von uns initiierten *NPO-Netzwerk Antiterrorismus*.
- Wir aktualisieren laufend unser Argumentationspapier für die Kommunikation mit dem BMF.
- Wir führen Gespräche mit Finanzinstituten und der FMA zur Umsetzung der EBA-Leitlinie.
- Wir organisieren einen Austausch für unsere Mitgliedsorganisationen zum Umgang mit Schwierigkeiten im internationalen Zahlungsverkehr, die sich aufgrund von Antiterrorismusfinanzierungs-Vorschriften ergeben (Q1 2024).
- Wir stellen unseren Mitgliedsorganisationen laufend aktuelle Informationen zum Thema Antiterrorismus und den Entwicklungen in Österreich zur Verfügung (über den internen Bereich unserer Webseite sowie einen eigenen Antiterrorismus-Verteiler).

- Wir beobachten laufend die Länderprüfung Österreichs durch die FATF.
- Wir beobachten laufende die Umsetzung von EU- und UN-Sanktionen durch Österreich.
- Wir führen anlassbezogene Öffentlichkeitsarbeit durch.

5.3 Cluster Entwicklungspolitische Themen und Herausforderungen

5.3.1 „Österreich überwacht in ausgewählten Politikbereichen die Kohärenz politischer Maßnahmen mit entwicklungspolitischen Zielen.“

Die Agenda 2030 kann nur umgesetzt werden, wenn jene Politiken, die Auswirkungen auf Länder des Globalen Südens haben, Ziele der Entwicklungspolitik unterstützen und nicht behindern. Eine solche politische Abstimmung (*Policy Coherence for Sustainable Development/ PCSD*) ist Voraussetzung und wirksamer Hebel zur Erreichung der Agenda 2030. Unsere Fallbeispiele zur Agrar-, Steuer- und Rohstoffpolitik weisen jedoch auf massive Mängel hin³⁷. Ein CONCORD Bericht³⁸ wiederum zeigt, dass in Österreichs Verwaltung geeignete Mechanismen fehlen, um die Kohärenz politischer Maßnahmen zu prüfen und diese mit entwicklungspolitischen Zielen in Einklang zu bringen. In Österreich hat sich 2023 die Diskussion politischer Akteur*innen über mögliche Mechanismen intensiviert, in welche wir uns einbringen. Beispielsweise konnten wir bei einem runden Tisch zu PCSD Möglichkeiten und Beispiele aus anderen Ländern aufzeigen.

Im Jahr 2023 bringen wir weiterhin unsere Expertise über wirksame Mechanismen ein und fokussieren auf unser Fallbeispiel zur Steuerpolitik im Bereich der Unternehmensbesteuerung aufgrund ihrer Relevanz für Entwicklungsfinanzierung.

Wir werden uns in folgende politische Prozesse bzw. Debatten einbringen:

- Finalisierung des Dreijahresprogramms der Österreichischen Entwicklungspolitik 2025-2027
- Geplante Überprüfung politischer Abläufe in Österreichs zur Stärkung von PCSD durch die OECD ein (PCSD Scan)
- Reform des internationalen Steuersystems im Rahmen von OECD/G20 (2-Säulenplan inkl. Umsetzung der globalen Mindeststeuer in Österreich)
- Debatten über verstärkte Kooperation zu Steuerfragen im Rahmen der UN

Zielgruppen

- Staatliche Akteur*innen, insbesondere BMEIA, BKA, BMF³⁹, BMK, ADA
- wirtschaftsnahe Akteur*innen, insbesondere WKO
- entwicklungspolitische Sprecher*innen der Parteien
- Abgeordnete der Koalitionspartner*innen (voraussichtlich bis Herbst 2024: Die Grünen und ÖVP)

Ziele

Interessensvertretung Presse-, Öffentlichkeits- & Informationsarbeit Themenarbeit/Advocacy

Wir fördern die Diskussion staatliche Akteur*innen, welche Mechanismen in Österreich möglich sind, um Auswirkungen politischer Maßnahmen auf Länder des Globalen Südens zu adressieren und so ihre Kohärenz mit entwicklungspolitischen Zielen zu verbessern.

Themenarbeit/Advocacy

Wir führen unseren Dialog zu Auswirkungen der österreichischen Steuerpolitik und ihrer Relevanz für die Entwicklungspolitik mit staatlichen und wirtschaftlichen Akteur*innen fort.

³⁷ Links zu unseren PCD Broschüren: <https://www.globaleverantwortung.at/die-unfaire-milch-agrar-und-entwicklungspolitik-im-widerspruch>, <https://www.globaleverantwortung.at/steuer-und-entwicklungspolitik-im-widerspruch-steuergerechtigkeit-und-die-rolle-globaler-konzerne>, <https://www.globaleverantwortung.at/rohstoff-und-entwicklungspolitik-im-widerspruch-der-wettbewerb-um-mineralische-rohstoffe>

³⁸ <https://www.globaleverantwortung.at/pcsd-bericht-test-of-the-eus-integrity-towards-the-2030-agenda>

³⁹ Das BMF ist sowohl für die Steuerpolitik als auch für die Rohstoffpolitik Österreichs zuständig.

Maßnahmen & Aktivitäten

- Wir bringen Spillover-Effekte österreichischer Politiken in Ländern des Globalen Südens sowie konkrete Vorschläge zur Gestaltung politischer Prozesse, um Spillovers zu adressieren, in die Erarbeitung des Dreijahresprogramms der Österreichischen Entwicklungspolitik 2025-2027 sowie des 2. FNU ein.
- Wir setzen uns für die Umsetzung für Vorhaben ein, die im 3JP 2022-2024 sowie 2025-2027 und im 2. FNU enthalten sind, die die Kohärenz politischer Maßnahmen mit entwicklungspolitischen Zielen verbessern können.
- Wir setzen uns für eine Ausweitung der Wirkungsorientierten Folgeabschätzung ein, damit auch um Wirkungen politischer Maßnahmen auf entwicklungspolitische Ziele erfasst werden.
- Wir tauschen uns mit den Dachverbänden anderer EU-Staaten im Rahmen von CONCORD aus, um Good Practise-Beispiele und Erfahrungen aus diesen Ländern für politische Abläufe in Österreich zu nutzen.
- Wir bringen Erkenntnisse unserer Arbeit zu PCSD im österreichischen Kontext bei CONCORD ein.
- Wir bringen unsere Expertise in eine geplante Überprüfung Österreichs durch die OECD ein (PCSD Scan).
- Wir richten im Vorfeld der Europawahl im Rahmen unserer Öffentlichkeitsarbeit den Fokus auf die Auswirkungen europäischer Politiken auf Länder des Globalen Südens und die erforderlichen Veränderungen (siehe Kapitel 5.1.3 bzw. 5.5.1).
- Wir bringen Empfehlungen für eine österreichische (und europäische) Steuerpolitik⁴⁰ im Bereich der Unternehmensbesteuerung ein, die in Einklang mit entwicklungspolitischen Zielen steht, sowie zur Abstimmung der Steuer- und Entwicklungspolitik ein; und kommunizieren diese Empfehlungen in Gesprächen und Stellungnahmen.
- Wir unterstützen zivilgesellschaftliche Anliegen der AG Rohstoffe für eine Rohstoffpolitik im Bereich mineralischer Ressourcen, die in Einklang mit entwicklungspolitischen Zielen ist und negative Auswirkungen auf Länder des Globalen Südens vermeidet.
- Wir prüfen gemeinsam mit Mitgliedsorganisationen, ob wir Auswirkungen politischer Maßnahmen auf die Ernährungssouveränität von Ländern des Globalen Südens aus Perspektive der Politikkohärenz künftig adressieren werden.

5.3.2 „Entwicklungspolitische Herausforderungen spiegeln sich verstärkt in Österreichs Engagement für Menschenrechte im Globalen Süden wider“

Die Menschen, deren Rechte verletzt werden, sind besonders von Armut betroffen. Wenn ihre Rechte beispielsweise auf Nahrung, Bildung oder sichere Arbeitsbedingungen jedoch geachtet werden, steigt ihre Chance auf bessere Lebensbedingungen. Die konsequente Stärkung der Menschenrechte trägt somit zur Lösung struktureller Ursachen von Armut und Ungleichheiten bei. Beim Abbau von Rohstoffen und der Verarbeitung von Gütern für den europäischen Markt kommt es regelmäßig zu Menschenrechtsverletzungen. Daher ist das neue EU-Lieferkettengesetz⁴¹, das bis Ende 2023 beschlossen werden soll, von großer Bedeutung. Es soll Unternehmen Sorgfaltspflichten auferlegen, damit sie Menschenrechts- und Umweltstandards in ihren Liefer- und Wertschöpfungsketten einhalten.

Wir werden uns daher in folgende politische Prozesse einbringen:

- Österreichs Umsetzung des EU-Lieferkettengesetzes
- Verhandlungen über ein UN-Abkommen über Wirtschaft & Menschenrechte (10. Runde im Herbst 2024)

⁴⁰ Anmerkung: Höhere Steuereinnahmen führen zu höheren Budgets, die wiederum zur Verbesserung von beispielsweise Gesundheitssystemen oder zur Milderung, Bekämpfung der Folgen der Klimakrise investiert werden können.

⁴¹ [Richtlinie über gesellschaftsrechtliche Sorgfaltspflichten betreffend die Nachhaltigkeit \(CSDDD\)](#)

- Offen: Österreichs Prüfung vor dem UN-Ausschuss über Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle (WSK) Rechte ⁴²

Zielgruppen

- Staatliche Akteur*innen, insbesondere BMEIA, BMAW, BMJ, ADA
- österreichische & europäische Vertreter*innen bei der Ständigen Vertretung zu den UN-Organisationen in Genf & Wien
- Mitglieder des UN-Ausschusses über Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte (WSK)
- teilweise auch Vertreter*innen der Wirtschaft (z.B. WKO, wenn in Konsultationsprozesse eingebunden)

Ziele

Themenarbeit/Advocacy | **Presse-, Öffentlichkeits- & Informationsarbeit**

Wir veranschaulichen die konkreten Beiträge der AG Globale Verantwortung und ihrer Mitgliedsorganisationen zur Umsetzung der Menschenrechte in Ländern des Globalen Südens und stärken dadurch unsere Bemühungen für ein verstärktes Engagement Österreichs im Bereich der Menschenrechte im Globalen Süden.

Themenarbeit/Advocacy | **Interessensvertretung**

Staatliche Akteur*innen, insbesondere BMJ und BMAW berücksichtigen unsere Empfehlungen für die Umsetzung des EU-Lieferkettengesetzes in Österreich.

Themenarbeit/Advocacy

Wir setzen uns gemeinsam mit der zivilgesellschaftlichen *Treaty Alliance* dafür ein, dass sich Österreich und die EU im Herbst 2024 engagiert in die 10. Verhandlungsrunde über ein UN-Abkommen über Wirtschaft und Menschenrechte einbringen.

Maßnahmen & Aktivitäten

- Wir vermitteln gemeinsam mit der zivilgesellschaftlichen *Treaty Alliance* konkrete Vorschläge für Österreichs Umsetzung des EU-Lieferkettengesetzes (u.a. Inhalte des österreichischen Gesetzes, Ausstattung einer Behörde zur Überprüfung der erfassten Unternehmen).
- Wir bringen uns regelmäßig im Rahmen der *Treaty Alliance* ein und nutzen diese zum Austausch.
- Wir aktualisieren anlässlich der Überprüfung Österreichs vor dem UN-Ausschuss über WSK-Rechte unseren zivilgesellschaftlichen Parallelbericht, damit der Ausschuss mindestens eine Position daraus in seine Empfehlungen an Österreich aufnimmt⁴³ (optional).
- Wir bringen uns in eine Menschenrechtskonferenz zur Vernetzung der österreichischen Zivilgesellschaft ein, um gemeinsame Anliegen zu identifizieren und zu stärken (Februar).
- Wir bewerben regelmäßig den Themenkanal „Menschenrechte und Entwicklung“ unserer Website, um den Beitrag der AG Globale Verantwortung und ihrer Mitgliedsorganisationen zur Verwirklichung der Menschenrechte in Ländern des Globalen Südens sichtbar zu machen.
- Wir erarbeiten eine Menschenrechtsstrategie, um unsere Arbeit zur Stärkung der Menschenrechte weiterzuentwickeln. Wir organisieren mindestens einmal jährlich ein Treffen der Gruppe *Menschenrechte in der Entwicklungspolitik*.

⁴² Österreichs Staatenbericht ist seit 2018 fällig. Österreich hat angekündigt, den Bericht bis Ende 2023 an den UN-Ausschuss zu übermitteln. Es ist unklar, ob Österreichs vom Ausschuss 2024 überprüft wird.

⁴³ Der Parallelbericht ist rund zwei Monate vor der Überprüfung Österreichs an den UN-Ausschuss zu übermitteln, die möglicherweise 2024 stattfinden wird.

5.3.3 „Österreichs Klima- und Entwicklungspolitik sind besser aufeinander abgestimmt und reagieren auf die Auswirkungen der Klimakrise auf die Menschen im Globalen Süden.“

Die Auswirkungen der Klimakrise sind verheerend – weltweit, aber ganz besonders in den Ländern des Globalen Südens, obwohl die dort lebenden Menschen am wenigsten zur Klimakrise beigetragen haben. Neben den ökologischen Auswirkungen hat die Klimakrise auch soziale, humanitäre, sozio-ökonomische, gesundheitliche, migrationspolitische bis hin zu sicherheitspolitischen Konsequenzen. Die Klimakatastrophe behindert eine nachhaltige Entwicklung bzw. zerstört sogar diesbezügliche Fortschritte. Entwicklungspolitische Programme können helfen, diese negativen Konsequenzen abzufedern, Resilienz aufzubauen und Menschen bei der Anpassung an die unumkehrbaren Folgen der Klimakrise zu unterstützen.

Im öffentlichen aber auch im politischen Diskurs ist nach wie vor zu wenig präsent, wie sich die Klimakrise auf Menschen im Globalen Süden und ihre Lebensumstände konkret auswirkt und wie sich Klima- und Entwicklungspolitik sinnvoll ergänzen können. Um mehr politische und mediale Aufmerksamkeit für diese Themen zu generieren, werden wir 2024 verstärkt die Zusammenhänge zwischen Klima- und Entwicklungspolitik sowie unsere diesbezüglichen Empfehlungen in Stellungnahmen und Gesprächen mit politischen Entscheidungsträger*innen und anderen Stakeholder*innen sowie in unserer Öffentlichkeitsarbeit thematisieren. Um inhaltliche Expertise an der Schnittstelle von Klima- und Entwicklungspolitik aufzubauen, erarbeiten wir gemeinsam mit unseren Mitgliedsorganisationen und weiteren (externen) Expert*innen im ersten Halbjahr 2024 ein Grundlagenpapier mit Empfehlungen, Argumenten und Hintergrundinformationen.

Zielgruppen

- Entscheidungsträger*innen in Regierung und Verwaltung
- Entwicklungspolitische Sprecher*innen der Parteien
- Abgeordnete der Grünen und der ÖVP
- Journalist*innen
- Entwicklungspolitisch interessierte Öffentlichkeit
- Mitgliedsorganisationen der AG Globale Verantwortung
- Klimaexpert*innen, insbesondere Vertreter*innen von Umwelt- und Klima-NROs

Ziele

Themenarbeit/Advocacy | Kapazitätsentwicklung | Arbeitsgruppen

Wir bauen inhaltliche Expertise an der Schnittstelle Klima- und Entwicklungspolitik auf.

Interessensvertretung | Presse-, Öffentlichkeits- & Informationsarbeit | Arbeitsgruppen

Wir generieren politische und mediale Aufmerksamkeit für die Zusammenhänge zwischen Klima- und Entwicklungspolitik sowie die negativen Auswirkungen der Klimakrise auf die Menschen im Globalen Süden.

Maßnahmen & Aktivitäten

- Wir erarbeiten ein Grundlagenpapier in dem wir die Zusammenhänge zwischen Klima- und Entwicklungspolitik darstellen, Anliegen und Empfehlungen formulieren und diese mit Argumenten und Hintergrundinformationen untermauern.
- Wir gründen eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe bestehend aus Mitgliedsorganisationen und anderen Expert*innen zu Klima & Entwicklung für die Ausarbeitung des Grundlagenpapiers.
- Wir thematisieren in unseren Stellungnahmen und Gesprächen mit politischen Entscheidungsträger*innen (z.B. BMK, BMF, BMEIA) die Zusammenhänge zwischen Klimapolitik und Entwicklungspolitik, weisen auf die Herausforderungen hin, die die Klimakrise für Menschen im Globalen Süden darstellt und bringen die von uns erarbeiteten Empfehlungen ein.
- Wir arbeiten aktiv in der Steuerungsgruppe der Allianz für Klimagerechtigkeit mit.

- Wir setzen den Dialog mit dem BMK zu den Rahmenbedingungen von Calls für Klimafinanzierungsprojekte fort (AG KOFI).
- Wir bieten Kapazitätsentwicklung für unsere Mitgliedsorganisationen (Weiterbildung, Austauschtreffen & Klima Quickies) an – siehe Kapitel 5.4.3.
- Wir thematisieren die Zusammenhänge zwischen Entwicklungs- und Klimapolitik vermehrt in unserer Öffentlichkeitsarbeit.
- Wir nehmen gemeinsam mit unseren Mitgliedsorganisationen an den halbjährlichen Klimastreiks teil und begleiten diese mit unserer Öffentlichkeitsarbeit.
- Wir laden Expert*innen ein, Kommentare der Anderen für unsere Webseite an der Schnittstelle von Klima- und Entwicklungspolitik (z.B. Klimakrise & Entschuldung) zu verfassen.

5.3.4 „Annäherung an einen umfassenden Rahmen zu Lokalisierung in der Entwicklungspolitik.“

Ursprünglich stand hinter dem Schlagwort *Lokalisierung* das Bestreben, lokalen Organisationen und Communities mehr Entscheidungsmacht zu geben und damit dem postkolonialen Nord-Süd-Machtgefälle im humanitären Sektor entgegenzuwirken. Die Debatte darüber ist breit, teilweise kontrovers und wird aus verschiedenen Blickwinkeln geführt. Auch die österreichischen Akteur*innen (NROs, ADA) in der Humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit müssen sich mit der Frage auseinandersetzen, wie sie den Prozess der fortschreitenden *Lokalisierung* mitgestaltet möchten und welche Veränderungen des eigenen Mandats und der eigenen Rolle sich daraus ergeben.

Im kommenden Jahr planen wir, uns verstärkt mit diesem Thema auseinanderzusetzen, um ein besseres Verständnis dafür zu entwickeln, wie unsere Mitgliedsorganisationen und die österreichische Entwicklungspolitik sich auf die fortschreitende Lokalisierung einstellen können. Unser Ziel ist es, ihnen dabei zu helfen, den Prozess der Lokalisierung besser zu verstehen und die damit verbundenen Veränderungen in ihren Mandaten und Rollen zu identifizieren.

Zielgruppen

- Mitgliedsorganisationen der AG Globale Verantwortung
- Geber- und Administrationsorganisationen (ADA, KPC)

Ziele

Kapazitätsentwicklung

Wir unterstützen unsere Mitgliedsorganisationen dabei ihre Position zur Lokalisierungsagenda zu schärfen

Interessensvertretung Themenarbeit/Advocacy

Wir fördern den Wissenstransfer und Peer-Austausch zwischen den Mitgliedsorganisationen und mit Geberorganisationen.

Maßnahmen & Aktivitäten

- Wir erheben den Ist-Stand in unseren Mitgliedsorganisationen (und, wo möglich, deren übergeordneten Strukturen - z.B. Föderationen) in Bezug auf die Lokalisierungsagenda durch eine Mitgliederbefragung (im Q1/24).
- Wir erörtern das Thema in verschiedenen Formaten (z.B. Austauschforum, Lernwerkstatt, Arbeitsgruppen).
- Wir tauschen uns im Rahmen der AG PEPI Arbeitssitzungen verstärkt zum Thema Dekolonialisierung/Lokalisierung aus.
- Wir bereiten Positionen im Zusammenhang mit der Lokalisierungsfrage vor (kleinster Nenner, ggf. mehrere Positionen), auf die sich die Generalversammlung einigt.

- Wir thematisieren das Thema Lokalisierung und die Lokalisierungsagenda vermehrt in unserer Öffentlichkeitsarbeit.
- Wir laden Expert*innen ein, Kommentare der Anderen für unsere Webseite zum Thema Lokalisierung zu verfassen.

5.3.5 „Entwicklungspolitische Themen werden faktenbasiert, aktiv und wirksam in politische Debatten integriert.“

Im Jahr 2022 gab es insgesamt 108 Millionen Geflüchtete weltweit, davon 62 Millionen intern Vertriebene. Besonders bemerkenswert ist, dass 76% aller Geflüchteten in Low- and Middle-income countries aufgenommen wurden.⁴⁴ Für die Entwicklungspolitik wäre es daher sinnvoll, den Fokus auf Konflikte (und mögliche Lösungen) und auf *Hilfe vor Ort* zu legen, insbesondere in Sub-Sahara-Afrika, wo viele dieser Herausforderungen akut sind. Trotz dieser Fakten und der dringenden Notwendigkeit einer umfassenden Herangehensweise gibt es im öffentlichen Diskurs immer noch einen sehr einseitigen Fokus auf Flucht und Migration nach Europa. Eine ausgewogene Betrachtung, die die globalen Dimensionen und Lösungsansätze einschließt, ist jedoch von entscheidender Bedeutung, um den Herausforderungen in Bezug auf Migration und Entwicklung gerecht zu werden. Eine integrierte Herangehensweise kann dazu beitragen, langfristige Lösungen zu schaffen und die positiven Auswirkungen von Migration auf die Armutsbekämpfung zu fördern.

Der Zusammenhang zwischen Migration und Entwicklung erfordert eine ganzheitliche Betrachtung und eine kohärente Politik, die die Bereiche Migration/Vertreibung und Entwicklung miteinander verknüpft. Ein wesentlicher Aspekt besteht darin, das Verständnis von Migration als Resultat globaler Ungleichheit im entwicklungspolitischen Diskurs zu befördern. Dies bedeutet, die Ursachen der Migration zu verstehen und Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Ursachen zu ergreifen. Im Rahmen unserer Arbeit in den letzten Jahren unter zentraler Einbeziehung der Expertise der AG M&E, konnten wir zu diesem Themenkomplex mehrere Positions- bzw. Argumentationspapiere erarbeiten und zuletzt eine Reihe von Expert*innen-Workshops organisieren. Dies wollen wir auch 2024 fortführen.

Neben dem Themenkomplex Migration und Entwicklung ist die Verbindung zwischen Entwicklungspolitik, Landwirtschaft, Agrarpolitik und Ernährungssouveränität von zentraler Bedeutung für die Förderung nachhaltiger Entwicklung in Ländern des Globalen Südens. Eine effektive Agrarpolitik kann die Lebensbedingungen der Menschen in diesen Ländern verbessern, indem sie die landwirtschaftliche Produktivität steigert und die Ernährungssicherheit fördert. Ernährungssouveränität betont das Recht der Menschen, ihre eigenen Entscheidungen in Bezug auf Ernährung und Landwirtschaft zu treffen, und fördert eine nachhaltige, lokale Landwirtschaft. Die Umsetzung dieser Ziele erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteur*innen und die Berücksichtigung globaler Herausforderungen wie der Klimakrise. Zu diesem Zweck führen wir den Informationsaustausch unserer Mitgliedsorganisationen zum Themenkomplex Entwicklungspolitik, Landwirtschaft, Agrarpolitik und Ernährungssouveränität auch 2024 fort.

Zielgruppen

- Mitgliedsorganisationen der AG Globale Verantwortung
- Vertreter*innen relevanter Ministerien
- Vertreter*innen der ADA
- NROs im Asyl, Integrations- und Migrationsbereich
- Wissenschaftler*innen
- Internationale Organisationen wie UNHCR und IOM,
- (Klima)aktivist*innen

⁴⁴ <https://www.unhcr.org/global-trends-report-2022>

☑ Ziele

Themenarbeit/Advocacy | Arbeitsgruppen

Wir entwickeln hinsichtlich der Ursachen von erzwungener Migration, Vertreibung und Flucht Interventionsmöglichkeiten für die Entwicklungspolitik (Stichwort „Hilfe vor Ort“).

Themenarbeit/Advocacy | Kapazitätsentwicklung | Arbeitsgruppen

Wir entwickeln im Zusammenhang von Klimakrise, Vertreibung & Entwicklungspolitik Interventionsmöglichkeiten für die Entwicklungspolitik.

💡 Maßnahmen & Aktivitäten

- Wir arbeiten im Rahmen der AG M&E weiter am Thema von Klimakrise, Vertreibung & Entwicklungspolitik.
- Wir organisieren ein Follow Up des Expert*innen-Workshops des Workshops zu von Klimakrise, Vertreibung & Entwicklungspolitik (Frühjahr 2024)
- Wir organisieren eine Weiterbildung zum Thema *Hilfe vor Ort* (möglicherweise in Kooperation mit AG HUHI).
- Wir verfassen am Ende des Weiterbildungs- und Diskussionsprozesses zum Thema Klimakrise, Vertreibung & Entwicklungspolitik ein Policy Paper (optional).
- Wir koordinieren uns und tauschen uns aktiv zum Themenkomplex Migration und Entwicklung im Rahmen der AG M&E aus.
- Wir tauschen uns regelmäßig im Rahmen der AG LAWI zum Themenkomplex Entwicklungspolitik, Landwirtschaft, Agrarpolitik und Ernährungssouveränität aus.
- Wir erarbeiten in den thematischen gelagerten Arbeitsgruppen, insbesondere AG LAWI und AG M&E Inputs für Strategieprozesse (z.B. Dreijahresprogramms der österreichischen Entwicklungspolitik 2025-2027, etc.)

5.4 Cluster Kooperation und Partnerschaft

5.4.1 „Partnerschaft und Dialog zwischen staatlichen Stellen und entwicklungspolitischen NRO werden verbessert.“

In den letzten Jahren hatte die Regierungsbeteiligung der Grünen positive Auswirkungen auf die Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und der organisierten Zivilgesellschaft. Dies wurde durch Maßnahmen wie den NPO-Fonds und regelmäßige Konsultationen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen in den Ministerien gefördert. Die SDG Dialogforen und die Arbeit an den FNUs trugen dazu bei, das Vertrauen und die Partizipation zu stärken. Dieser positive Trend war insbesondere u.a. im BMAW und im BMJ im Kontext der Konsultationen zum Lieferkettengesetz, im BMF im Kontext der Konsultation zur IFI-Strategie sowie im BMK im Rahmen der Abstimmungen über die inhaltliche Ausrichtung der Budgetlinie für neue Projekte des BMK zu beobachten.

Es ist jedoch wichtig zu betonen, dass es notwendig ist, die Handlungsspielräume zivilgesellschaftlicher Organisationen zu schützen und zu erweitern und demokratische Abläufe zu stärken (Rolle des Parlaments), selbst angesichts möglicher zukünftiger Regierungskonstellationen und der großen Anzahl wichtiger Themen. Dies gilt insbesondere für die Bewahrung des zivilgesellschaftlichen Raums in Ländern des Globalen Südens, wo dieser oft massiv eingeschränkt ist, ist aber auch im österreichischen Kontext relevant. Denn trotz der oben angeführten Positivbeispiele ist auch eingeschränkter Raum für zivilgesellschaftliche Beteiligung erkennbar. Speziell in umfangreichen Konsultationsverfahren, nämlich zum *Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik 2025 bis 2027* und zum *Strategische Leitfaden für entwicklungspolitische Kommunikation und Bildung* zeichnete sich die Notwendigkeit ab, Stakeholder*innen verstärkt einzubinden und Prozesse transparenter zu machen.

In diesem Kontext ergibt sich eine erhöhte Dringlichkeit in Bezug auf die administrativen und finanziellen Rahmenbedingungen der zivilgesellschaftlichen Akteur*innen in ihrer Zusammenarbeit mit staatlichen

Stellen, insbesondere der ADA wie auch der KPC⁴⁵. Insgesamt haben wir festgestellt, dass seitens der ADA die bestehenden Herausforderungen in diesem Bereich auf eine Kombination von Personalmangel, unzureichender administrativer Kapazität und einer erheblichen Steigerung der administrativen und inhaltlichen Anforderungen aufgrund steigender Qualitätsstandards und Professionalisierung des Sektors zurückzuführen sind. Dies hat zu einem hohen Mehraufwand für NRO sowohl in Österreich als auch vor Ort geführt hat.

Vor diesem Hintergrund gilt es im nächsten Jahr daher die AG Globale Verantwortung als kompetente Akteurin, kritische und konstruktive Partnerin von ADA und KPC zu konsolidieren, den Dialog mit anderen staatlichen Stellen zu verbessern, verstärkt den Raum für zivilgesellschaftliche Beteiligung einzunehmen sowie fokussiert auf die Verbesserung der Rahmen- und Arbeitsbedingungen der ADA einzuwirken.

Zielgruppen

- Mitgliedsorganisationen der AG Globale Verantwortung
- staatliche Akteur*innen & Entscheidungsträger*innen in BMEIA (Sektions- und Abteilungsleiter*innen), BMKÖS, BKA, BMAW, BMJ, & BMI
- Vertreter*innen der ADA (Geschäftsführung, Stabsstelle Organisational Risk and Innovation Management, Abteilung Programme und Projekte International, Abteilung Finance and Administration, Referat Zivilgesellschaft International & Humanitäre Hilfe, Referat Wirtschaft & Entwicklung) und KPC
- Abgeordnete zum Nationalrat, insbesondere entwicklungspolitische Sprecher*innen der Parteien
- weitere zivilgesellschaftliche Akteur*innen (z.B. KOO, Bündnis für Gemeinnützigkeit)

Ziele

Interessensvertretung Themenarbeit/Advocacy

Wir konsolidieren unsere Rolle als kompetente, kritische und konstruktive Partnerin staatlicher Stellen.

Interessensvertretung Themenarbeit/Advocacy

Wir setzen uns für die Transparenz politischer Prozesse und partizipative Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen in diese Prozesse ein.

Interessensvertretung Themenarbeit/Advocacy

Wir setzen uns für eine Beibehaltung des Projektbegleitentgelts (PBE) in der Höhe von 10% ein.

Interessensvertretung Themenarbeit/Advocacy

Wir setzen uns konsequent für die Berücksichtigung zivilgesellschaftlicher Realitäten in der Überarbeitung der Finanzrahmenrichtlinien hin.

Interessensvertretung Themenarbeit/Advocacy

Wir tragen zur Steigerung der Transparenz im Förderservice zur Projektabwicklung (Abrechnung, Kostenplan/-nachweis), insbesondere im Rahmen von Inlandsprojekten, bei.

⁴⁵ In den letzten zwei Jahren wurden mit der ADA folgende Themen diskutiert oder sind noch Gegenstand von Diskussionen: (i) Ausschreibung von Projekten im Auftrag der EU; (ii) Antwortfristen bei EU-Calls; (iii) Projektbegleitentgelt; (iv) Eigenleistungen/Eigenmittel; (v) Umgang mit hohen Inflationsraten; (vi) Expenditure Verification Guidelines - Audits; (vii) Nexus Komponenten bei HuHi Calls; (viii) Vorgaben bei Evaluierungsausgaben; (ix) Abrechnungsschwierigkeiten im Rahmen von Inlandsprojekten; (x) kurzfristige Verschiebung von Einreichfristen für Einreichung Projektanträge Humanitäre Maßnahmen.

Maßnahmen & Aktivitäten

- Wir setzen Dialoge mit staatlichen Akteur*innen und politischen Entscheidungsträger*innen fort und fordern dabei transparente und qualitativ hochwertige Beteiligungsprozesse/ Konsultationen ein.⁴⁶
- Wir initiieren regelmäßige Koordinierungstreffen mit der ADA zur Abstimmung humanitärer Maßnahmen & administrativer bzw. finanzieller/regulatorischer Belange.
- Wir weisen konsequent auf die negativen Konsequenzen der Änderung der Finanzrahmenrichtlinien hin und kommentieren diese vor ihrer Finalisierung bzw. vor ihrem Beschluss.
- Wir tauschen uns regelmäßig im Rahmen unserer Arbeitsgruppen, speziell AG KOFI, AG PEPI und AG HUHI, zu den administrativen und finanziellen Rahmenbedingungen der Projektarbeit aus.
- Wir erarbeiten im Rahmen der AG KOFI Augmentationen für Lobbyarbeit zu NRO Förderinstrumenten zu administrativen und finanziellen Rahmenbedingungen der ADA.
- Auf internationaler Ebene verfolgen wir den Prozess des OECD DAC in Bezug auf zivilgesellschaftliche Handlungsräume (und bewerten seine Empfehlungen innerhalb der OECD DAC CSO Reference Group) und verfassen entsprechende Stellungnahmen (mindestens eine Stellungnahme).

5.4.2 „Vernetzung zwischen Vertreter*innen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Mitgliedsorganisationen zu entwicklungspolitischen Themen.“

In Zeiten multipler Krisen kann eine nachhaltige Entwicklung nur gelingen, wenn *alle* an einem Strang ziehen und Synergien nutzen, statt isolierte Maßnahmen zu verfolgen. Daher gehen wir auch 2024 auf Akteur*innen abseits der klassischen Entwicklungspolitik zu und zeigen Anknüpfungspunkte zu entwicklungspolitischen Themen und die damit verbundene Potentiale für die jeweilige Zielgruppe auf. Insbesondere versuchen wir privatwirtschaftliche Akteur*innen für die Umsetzung nachhaltiger Wirtschaftsweisen zu gewinnen, das Wissen der Wissenschaft für gemeinsame Initiativen zu nutzen sowie mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen (insbesondere Mitglieder von *SDG Watch Austria*), die nicht primär zu entwicklungspolitischen Themen arbeiten, Synergien herauszuarbeiten. Wir verstehen uns als Brückenbauerin zwischen den Welten. Wir schaffen Räume für Wissensaustausch und Vernetzung, stoßen die Auseinandersetzung mit entwicklungspolitischen Themen an und bringen unsere entwicklungspolitische Expertise in Fremdveranstaltungen ein.

Zielgruppen

- Unternehmen, Sozialunternehmen und andere wirtschaftsnahe Akteur*innen (z.B.: WKO, Impact Hub, Ashoka, etc.)
- Wissenschaftler*innen und Studierende
- Mitglieder von *SDG Watch Austria* und andere, nicht-entwicklungspolitische NRO

Ziele

Themenarbeit/Advocacy

Wir setzen uns dafür ein, dass sich Vertreter*innen von Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft vermehrt mit entwicklungspolitischen Themen auseinandersetzen.

Themenarbeit/Advocacy

Wir fördern den Austausch zwischen Vertreter*innen von Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft mit Mitgliedsorganisationen, um voneinander zu lernen und mögliche Synergien zu diskutieren.

⁴⁶ Siehe BMKÖS (2020): Grünbuch: Partizipation im digitalen Zeitalter

Maßnahmen & Aktivitäten

- Wir organisieren einen Roundtable der Multistakeholdergruppe Wirtschaft & Entwicklung im Frühjahr 2024.
- Wir organisieren ein SDG Watch Frühstück und Plattformtreffen.
- Wir organisieren SDG Watch Gremium Arbeitstreffen.
- Wir führen laufend Gespräche mit Vertreter*innen von Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft, zu denen bislang kein Kontakt bestand, um unser Netzwerk zu erweitern.
- Wir tauschen uns laufend mit Interessensvertreter*innen der Wirtschaft (z.B.: WKO), anderen wirtschaftsnahen Akteur*innen (z.B.: respACT, OeEB, Ashoka, Impact Hub) aus.
- Wir tauschen uns laufend mit Interessensvertreter*innen der Wissenschaft (z.B.: [sic!], Social Entrepreneurship Center der WU Wien, Universität Wien, BOKU) aus.
- Wir bringen unsere entwicklungspolitische Expertise in wirtschaftsnahe, wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche Fremdveranstaltungen ein (z.B. als Moderator*in, Paneldiskutant*in, Inputgeber*in bei Lehrveranstaltungen oder als Jurymitglied).
- Wir nehmen an Veranstaltungen privatwirtschaftlicher Akteur*innen teil (z.B. WKO Afrikatag, CSR-Tag von respACT, Impact Days des Impact Hub) teil, um Einzelgespräche mit Unternehmer*innen zu führen.
- Wir nehmen an Veranstaltungen der Wissenschaft teil (z.B.: Accelerator der Uni Wien; INITS; BOKU Nachhaltigkeitstag).
- Wir weisen Vertreter*innen von Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft auf unsere Projektlandkarte hin und präsentieren diese als gutes Instrument, um potentielle Kooperationspartner*innen zu finden.
- Wir laden Expert*innen aus der Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft ein, *Kommentare der Anderen* für unsere Webseite zu verfassen.

5.4.3 „Unsere Mitgliedsorganisationen besitzen die Kompetenzen und das Wissen, um wirksame entwicklungspolitische und humanitäre Arbeit zu leisten.“

Auch 2024 bieten wir unseren Mitgliedsorganisationen ein breites und bedarfsorientiertes Weiterbildungsangebot zur Verfügung, um ihre Kompetenzen zu erweitern und die Qualität sowie Wirksamkeit ihrer Projektarbeit unter sich verändernden Rahmenbedingungen zu gewährleisten. Dabei berücksichtigen wir sowohl die Klimakrise als auch die Lokalisierungsagenda, Entwicklungen im Bereich AI/Maschinenlernen/Digitale Tools, die die Arbeit unserer Mitglieder erheblich beeinflussen können. Wir setzen das seit Oktober 2022 laufende, ADA-ko-finanzierte Programm zu Qualifizierungsmaßnahmen für Humanitäre Organisationen mit einem umfassenden Angebot an Lernwerkstätten und Trainings fort. Darüber hinaus führen wir 2024 in Absprache mit den EZA-Verantwortlichen der Bundesländer Weiterbildungen in den Bundesländern durch, um die Qualität der Arbeit der dort ansässigen entwicklungspolitischen NRO zu steigern und den Kontakt zu potentiellen Mitgliedsorganisationen herzustellen.

Zusätzlich zu diesen Weiterbildungsinitiativen erfüllten wir auch wichtige interne Funktionen. Als Informationsdrehscheibe analysieren, bereiten wir auf und leiten Informationen zu entwicklungspolitischen Themen aus Österreich, Europa und der Welt an unsere Mitgliedsorganisationen weiter. Wir bieten Serviceleistungen, wie die Bereitstellung von Argumentationshilfen im internen Bereich unserer Webseite oder den Versand von Sondermailings von der Geschäftsführung zu aktuellen Themen. Durch unseren monatlichen Mitgliederbrief (MoMi) erreichen wir monatlich über 530 Mitarbeiter*innen unserer Mitgliedsorganisationen. Darin berichten wir über unsere Aktivitäten des vergangenen Monats, darunter Arbeitsgruppentreffen und Austauschveranstaltungen mit Vertreter*innen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Dadurch fördern wir den Informationsaustausch und die Vernetzung innerhalb unseres Dachverbands und stellen sicher, dass unsere Mitglieder stets gut informiert sind und effektiv in der Entwicklungspolitik agieren können.

Zielgruppen

- Mitgliedsorganisationen der AG Globale Verantwortung
- Teilweise humanitäre Partnerorganisationen bzw. andere entwicklungspolitische NRO in Österreich

Ziele

Kapazitätsentwicklung

Wir erstellen passgenaue state-of-the-art Weiterbildungsangebote für unsere Mitgliedsorganisationen, um die Qualität der Projektarbeit in der Entwicklungszusammenarbeit und Humanitären Hilfe zu verbessern.

Kapazitätsentwicklung | Presse-, Öffentlichkeits- & Informationsarbeit

Wir fördern den Wissenstransfer und Peer-Austausch zwischen den Mitgliedsorganisationen und tragen damit zu Synergiebildung, Effizienz und Effektivität bei.

Kapazitätsentwicklung | Presse-, Öffentlichkeits- & Informationsarbeit

Wir erfüllen unseren Serviceauftrag gegenüber unseren Mitgliedsorganisationen

Kapazitätsentwicklung | Presse-, Öffentlichkeits- & Informationsarbeit

Wir erhöhen unseren Footprint in den Bundesländern.

Maßnahmen & Aktivitäten

Kapazitätsentwicklung

- Wir bieten 2024 folgende Kapazitätsentwicklungsangebote an:
 - Eine Weiterbildung zu Climate Mainstreaming
 - Eine Weiterbildung zu Digitalisierung
 - Mindestens vier Lernwerkstätten für humanitäre Mitgliedsorganisationen, u.a. zu den Themen *Qualitätsstandards für Gender- und Konfliktanalysen für die Projektarbeit, Erfahrungen mit der Umsetzung von 3c/HDP Nexus Ansätzen*
 - Mindestens fünf Trainings für humanitäre Mitgliedsorganisationen, u.a. zu den Themen *AI und Digitale Tools in der Humanitären Hilfe, Kommunikation von schwierigen Inhalten/heiklen Themen mit den Partnerorganisationen, Integrity - Anti-Corruption & Accountability, Klimakrise und Humanitäre Hilfe*
 - Zwei Weiterbildungen in den Bundesländern (OÖ und Vorarlberg/Tirol), offen auch für Nicht-Mitglieder
 - Eine Weiterbildung zu Innovation/System Change (optional)
 - Ein Austauschtreffen und eine Lernwerkstatt zu Lokalisierung/Dekolonialisierung
 - Ein Austauschtreffen zu Inklusion
 - Ein Austauschtreffen für Klimaaktivist*innen und unsere Mitgliedsorganisationen in Kooperation mit dem VIDC
 - Ein Austauschtreffen zur Antiterrorismusagenda
 - Ein Austauschtreffen für Mitgliedsorganisationen der AG Globale Verantwortung & WIDE
 - Ein Austauschtreffen der Gruppe Menschenrechte und Entwicklungspolitik
 - Eine Serie von kurzen Online - Klima Quickies
 - Eine Serie von kurzen Online - Humanitarian Quickies, u.a. zu den Themen *Sphere-Standards, MBA & VSLA, LGBTIQ+ in der HuHi, HDP Nexus*
 - Einen Workshop zur Anwendung des Menschenrechtsansatzes in Projekten der Entwicklungszusammenarbeit, bei dem wir von Erfahrungen von NGOs anderer Länder und unserer Mitglieder lernen.
 - Weitere Angebote entwickeln wir ggf. basierend auf den Ergebnissen der Mitgliederbefragung 2024 bzw. nach den Bedarfen unserer Arbeitsgruppen.

- Wir führen im Winter 2024 eine Mitgliederbefragung zu Weiterbildungsbedarf unserer Mitgliedsorganisationen durch.
- Wir unterstützen das Wissensmanagement in den Mitgliedsorganisationen u.a. durch den Ressourcenpool Humanitäre Hilfe auf der Website und im Web-Mitgliederbereich der AG Globale Verantwortung.

Service

- Wir veröffentlichen unseren monatlichen Mitgliederbrief (MoMi) und informieren damit verlässlich unsere Mitgliedsinformationen mit Hintergrundinfos über den developmentpolitischen Sektor und unsere Arbeit.
- Wir versenden bei speziellem Informationsbedarf Sondermailings der Geschäftsführung (z.B. zu aktuellen Themen, dringlichen Prozessen, etc.)
- Wir analysieren, bereiten auf und geben Informationen, Studien und Artikel zu developmentpolitischen Themen auf österreichischer, europäischer und internationaler Ebene an unsere Mitgliedsorganisationen weiter.
- Wir bieten Protokolle interner Sitzungen und interne Argumentationshilfen im internen Bereich unserer Webseite an.
- Wir aktualisieren kontinuierlich unsere Datenbank.

5.5 Cluster Öffentlichkeitsarbeit

5.5.1 „Unsere Expertise beeinflusst den öffentlichen Diskurs über Entwicklungspolitik in Österreich mit.“

Die anhaltende Spirale aus Konflikten, Klimakrise und Gesundheitsproblemen bedroht die politische, soziale und wirtschaftliche Stabilität in Ländern des Globalen Südens. Arme Menschen sind Naturkatastrophen zumeist schutzlos ausgeliefert und die Klimakrise beeinflusst mittlerweile das Leben jedes und jeder Zweiten auf der Welt. Gleichzeitig erschwert die Schuldenkrise vielen Staaten mit niedrigem und mittlerem Einkommen die Förderung nachhaltiger Entwicklung und die Fähigkeit, auf Katastrophen zu reagieren oder präventive Maßnahmen zu ergreifen.

Diese teilweise lebensbedrohlichen Auswirkungen multipler Krisen auf Menschen im Globalen Süden und das gleichzeitige Hinterfragen der Wirksamkeit developmentpolitischer Maßnahmen⁴⁷ machen es notwendig, dass wir 2024 vermehrt über deren Mehrwert informieren. Im bevorstehenden Wahljahr könnte sich die gegenwärtige kritische Auseinandersetzung zu einer öffentlichen Debatte entwickeln, die unsere Expertise und langjährige Erfahrung unbeachtet lässt. Hinzu kommt, dass die internationale Staatengemeinschaft weit von, der weltweiten Umsetzung der Agenda 2030 entfernt ist. So untergraben auch Österreichs übermäßige Spillover-Effekte die Fähigkeit ärmerer Länder, die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Es gilt daher, sinkende developmentpolitische Mittel zu vermeiden.

Im Jahr 2024 werden wir in unserer Presse- und Öffentlichkeitsarbeit verdeutlichen, wie wir kontinuierlich dazu beitragen, die Qualität und Quantität der österreichischen developmentpolitik im Rahmen unserer Anliegen zu verbessern. Gleichzeitig werden wir politische Entscheidungsträger*innen an ihre *globale Verantwortung* erinnern, ein menschenwürdiges Leben für alle auf einem gesunden Planeten zu ermöglichen. Dabei appellieren wir an die Regierung, ihre Mittel für developmentpolitik langfristig abzusichern und den im Regierungsprogramm verankerten verpflichtenden Stufenplan in Richtung des 0,7%-Ziels zu etablieren.

⁴⁷ Nachdem die österreichische Bundesregierung infolge des erneut eskalierten Nahostkonflikts im Oktober 2023 ihre developmentpolitischen Mittel für die palästinensischen Gebiete eingefroren hatte, stellten Politiker*innen sowie Journalist*innen die Wirksamkeit developmentpolitischer Maßnahmen öffentlich infrage. Wir reagierten mit einer sachlichen Darstellung (u.a. in einer Presseaussendung, in Interviews und Gastkommentaren) über das wirksame Zusammenspiel akuter Nothilfe, die den humanitären Prinzipien verpflichtet ist, und der darauffolgenden langfristigen Unterstützung. Darüber hinaus zeigten wir auf, inwiefern die strengeren Kontrollmechanismen für bilaterale Projekte bereits existieren, die kritische Stimmen eingefordert hatten.

Teil unserer Öffentlichkeitsarbeit sind auch die Redaktion unseres Newsletters und unserer Projektlandkarte: Unser wöchentlich erscheinender Newsletter ist der österreichische Newsletter für Entwicklungspolitik und weltweite Nachhaltigkeit. Jeden Mittwoch informieren wir fast 3.600 entwicklungspolitisch interessierte Personen über unsere Aktivitäten und definierten Anliegen, über aktuelle Veranstaltungen, Fort- und Weiterbildungen, offene Stellen und Calls, Publikationen und Kampagnen. Diese Expertise und langjährige Erfahrung unserer Mitgliedsorganisation machen wir zudem auf unserer Projektlandkarte⁴⁸ sichtbar. Sie führen jährlich über 1.000 Projekte der EZA, Humanitären Hilfe sowie entwicklungspolitischen Inlandsarbeit und Bildung in 120 Ländern der Welt durch.

Zielgruppen

- Medienvertreter*innen (insbesondere Journalist*innen)
- Interessierte Teilöffentlichkeit
- Fördergeber*innen und Vertreter*innen der Wirtschaft (Projektlandkarte)

Ziele

Presse-, Öffentlichkeits- & Informationsarbeit

Wir werden von Medienvertreter*innen (insbesondere Journalist*innen) als entwicklungspolitische Expert*innen wahrgenommen und regen sie dazu an, über unsere Anliegen im Allgemeinen sowie entwicklungspolitische Lösungen für globale Herausforderungen im Speziellen zu berichten (insbesondere im Zuge der EU- und Nationalratswahl 2024, siehe 5.1.3).

Presse-, Öffentlichkeits- & Informationsarbeit

Auf unserer Webseite, über Social-Media und unseren Newsletter informieren wir eine Teilöffentlichkeit über unsere Anliegen.

Presse-, Öffentlichkeits- & Informationsarbeit Themenarbeit/Advocacy

Wir regen Fördergeber*innen und Vertreter*innen der Wirtschaft dazu an, sich mit unseren Anliegen auseinanderzusetzen und verweisen auf die entwicklungspolitische Expertise unserer Mitgliedsorganisationen.

Maßnahmen & Aktivitäten

Maßnahmen im Zuge der EU- und Nationalratswahl 2024 siehe 5.1.3

Pressearbeit

- Wir betreiben laufendes Presse-Monitoring.
- Wir beziehen in Presseaussendungen zu unseren Anliegen Stellung (beispielsweise zu Wirtschaft und Menschenrechten).
- Wir organisieren gemeinsame Presseaktionen mit Mitgliedsorganisationen in Form gleichzeitig veröffentlichter Presseaussendungen, z.B. an Welttagen und zu Entwicklungsfinanzierung.
- Wir begleiten bei Bedarf unsere öffentlichen Veranstaltungen bzw. jene von SDG Watch Austria mit Pressearbeit (z.B. das SDG Dialogforum Österreichs).
- Wir organisieren im Anlassfall Pressekonferenzen.
- Wir erstellen im Anlassfall und auf Anfrage entwicklungspolitische Hintergrundinformationen für Medienvertreter*innen, um Sachverhalte faktenbasiert darzustellen und bzw. oder führen Hintergrundgespräche.
- Wir bieten Medienvertreter*innen Stellungnahmen oder Interviews zu unseren definierten Anliegen an bzw. führen diese auf Anfrage.
- Wir bieten Medien im Anlassfall Gastkommentare an bzw. verfassen diese auf Anfrage.
- Wir organisieren Stammtische für die Mitarbeiter*innen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Mitgliedsorganisationen, um aktuelle entwicklungspolitische Themen zu diskutieren und gemeinsame Aktionen zu akkordieren.

⁴⁸ Abrufbar unter www.globaleverantwortung.at/projektlandkarte

Öffentlichkeitsarbeit

- Wir unterstützen die Öffentlichkeitsarbeit von SDG Watch Austria und CONCORD Europe, insbesondere über Social-Media.
- Wir veröffentlichen Artikel über unsere Anliegen auf unserer Webseite.
- Wir bieten Expert*innen in der Webseitenrubrik *Kommentar der Anderen* die Möglichkeit, aktuelle und relevante entwicklungspolitische Themen zu kommentieren sowie ihre Meinung zu präsentieren.
- Wir machen nach Möglichkeit auf Erfolgsgeschichten und innovative Projekte unserer Mitgliedsorganisationen aufmerksam (beispielsweise zu Wirtschaft und Menschenrechten), um das positive Image des Sektors zu stärken.
- Wir verbreiten Webseiteninhalte über Social-Media (sowie unseren Newsletter und monatlichen Mitgliederbrief), um die Besucher*innenzahlen auf unserer Webseite zu erhöhen.
- Wir bewerben unsere Veranstaltungen, Publikationen, etc. sowie jene der Mitgliedsorganisationen und Kooperationspartner*innen auf unseren Social-Media-Kanälen.
- Wir haben die von der AG PEPI ausgearbeiteten Erfolgsgeschichten der entwicklungspolitischen Inlands- und Bildungsarbeit unserer Webseite veröffentlicht.
- Wir aktualisieren die Projektlandkarte einmal jährlich in Zusammenarbeit mit Mitarbeiter*innen unserer Mitgliedsorganisationen.
- Wir bewerben die Projektlandkarte auf unseren Social-Media-Seiten, im Newsletter und in Einzelgesprächen mit interessierten Stakeholder*innen.
- Wir veröffentlichen wöchentlich unseren Newsletter (über die Sommermonate zwei-wöchentlich).
- Wir veröffentlichen den jährlichen Jahresbericht sowie im Anlassfall weitere Publikationen.
- Wir nehmen zweimal jährlich an Treffen der Informationsstelle für Journalismus und Entwicklungspolitik (ISJE) teil, damit Journalist*innen unsere entwicklungspolitische Expertise wahrnehmen und wir über ihre inhaltlichen Interessen informiert bleiben.
- Wir organisieren öffentliche Veranstaltungen (mit).
- Wir geben entwicklungspolitischen Input bei Fremdveranstaltungen bzw. moderieren diese.

6. ORGANISATIONSENTWICKLUNG

Wesentlich für das Jahr 2024 werden auch die kontinuierliche Stärkung und Weiterentwicklung des Dachverbands sein und wir sind bestrebt, unsere Strukturen und Prozesse zu verbessern. Dieses Kapitel erläutert unsere geplanten Maßnahmen und Ziele in diesem Bereich.

Maßnahmen & Aktivitäten

Neue Mitglieder

- Wir identifizieren potenzielle Mitgliedsorganisationen durch gezielte Recherche und Netzwerkarbeit.
- Wir gewinnen mindestens drei weitere Organisationen als Mitglieder.

Kooperationspartnerschaften

- Wir formalisieren bestehende Kooperationen durch Vereinbarungen.
- Wir identifizieren neue potenzielle Kooperationspartnerschaften.

Interne Kommunikation

- Wir führen eine interne Bedarfsanalyse durch, um Kommunikationslücken zu identifizieren.

- Wir wählen und implementieren geeignete digitale Kommunikationstools, die die Zusammenarbeit erleichtern.

Home-Office Regelung

- Wir erstellen eine Vereinbarung für die Home-Office-Regelung.

Mitarbeiter*innen-Handbuch

- Wir beginnen die Arbeit zur Erstellung eines Mitarbeiter*innen-Handbuchs.

Büro Apollongasse

- Wo nötig, gewährleisten wir eine teilweise Aufwertung der Büro-Infrastruktur und -Räumlichkeiten, um optimale Arbeitsbedingungen für unser Team zu schaffen.

Klausuren

- Wir organisieren eine Teamklausur, um gemeinsam Zukunftsthemen zu diskutieren und die interne Zusammenarbeit zu stärken (voraussichtlich im Jänner 2024).
- Wir organisieren eine Klausur des Vorstands zur strategischen Vorausschau und Diskussion von Strategie und Rahmenbedingungen unserer Arbeit als Dachverband (voraussichtlich im Sommer 2024).

Arbeitsgruppen

- Wir organisieren einen Austausch mit bzw. unter den Arbeitsgruppen, um die Anpassungen der Arbeitsweise, Schaffung von Synergien und Verschränkungsmöglichkeiten der Arbeitsgruppen untereinander zu fördern (voraussichtlich im Jänner 2024).
- Wir prüfen die Transformation der AG LAWI in eine Hybrid-Arbeitsgruppe in Zusammenarbeit mit unserer Kooperationspartnerin KOO Im Rahmen eines Reviews.

Anhang

Arbeitsgruppen & sonstige Gruppen (laut Verteilerlisten Stand Anfang November 2023, **Leiter*innen** der AGs sind **hervorgehoben**):

AG Inklusion & Entwicklung (AG I&E): **Anna Scheithauer** & Katarina Banicevic/ÖRK; Karen Knipp-Rentrop/CARE; Daniel Pateisky & Sigfried Spindlbeck/Caritas; Katharina Auer, Oonagh Hayes, Katharina Lehner & Simone Peter/Diakonie; Claudia Sprenger/H3000; Caroline Cloutour & Fredy Rivera/HWA; Elisabeth Olischar/IUFE; Erwin Buchberger & Kristofer Lengert/JeW; Benedikt van den Boom, Julia Moser & Tobias Schwaiger/LfdW; Lukas Wank, Katharina Eggenweber & Birgit Mayerhofer/AG Globale Verantwortung; sowie als Expert*innen: Bernhard Bruckner, Gudrun Eigelsreiter & Christina Wurzing/Österr. Behindertenrat; Lukas Huber/ÖGLB; Magdalena Scharl/BIZEPS; Michelle Proyer & Simon Reisenbauer/Universität Wien; Helene Jarmer/Servicecenter OEGS Barrierefrei; Gregor Demblin/myAbility

AG Humanitäre Hilfe (AG HUHI): **Teresa Mayr**, Barbara Busch, Sonja Greiner, Walther Hajek, Christopher Jahn & Andrea Reisinger/ÖRK; Barbara Schlichtinger/ASBÖ; Stephanie Bouriel & Reinhard Trink/CARE; Anna Belluz, Birgit Ertl, Silvia Holzer & Sabine Wartha/Caritas; Eva Okonofua/Concordia; Katharina Lehner/Diakonie; Robert Ottitsch/HOPE87; Stefan Fritz, LEMONIA Lange & Elena Smirnova/HWA; Konrad Fentzloff, Reinhard Heiserer & Irmgard Neuherz/JeW; Jaqueline Bungart & Kirsten McDowell/LfdW; Chiara Manavella & Natalie Porias/Rednoses; Teresa Gruber, Valerie Neuhold-Maurer & Philipp Zwehl/SOS-Kinderdorf; Alicia Allgäuer, Katharina Pliskal, Diana Reuchlin & Christian Wagner/Volkshilfe; Elisabeth Leitner, Daniel Streit & Juliane Wöll/World Vision; Lukas Wank, Birgit Mayerhofer & Johannes von Loën/AG Globale Verantwortung

AG KO-Finanzierung (AG KOFI): **Elisa Romero** & Thomas Vogel/HORIZONT3000; Marcel Wagner/ADRA; Daniel Seller, Elisabeth Schreiber, Reinhart Trink & Chea Ung/CARE; Mita Johnson, Laura Oberhuber & Lisa Wewerka/Caritas; Nadja Kohlbach-Horesovksy & Eva Okonofua/Concordia; Katharina Auer, Katharina Lehner & Simone Peter/Diakonie; Herbert Kienast/DKA; Robert Ottitsch/HOPE87; Stoyanka Manolcheva & Fredy Rivera/HWA; Benedikt Metternich & Martin Maier/ICEP; Johanna Dreher, Irmgard Neuherz & Hannes Velik/JeW; Silvia Jura & Kerstin Plaß/Klimabündnis; Jacqueline Bungart & Kirsten McDowell-Barnett/LfdW; Maja Spulovic/Oikocredit; Edith Mychalewicz & Dina Sautter/ÖRK; Teresa Gruber & Barbara Winter-Gipfl/SOS-Kinderdorf; Konrad Rehling/Südwind; Alicia Allgäuer, Katharina Pliskal, Diana Reuchlin & Christian Wagner/Volkshilfe; Oliver Keller & Markus Meister/WHG; Elisabeth Leitner & Franziska Salm/World Vision; Lukas Wank, Katharina Eggenweber & Sophie Veßel/AG Globale Verantwortung, Martin Krenn & Jonathan Scalet/KOO; Markus Schwarz-Herda/Menschen für Menschen

AG Landwirtschaft & Entwicklung (AG LAWI): **Oliver Keller** & Sigrun Zwanzger/WHG; Karen Knipp-Rentrop/CARE; Helene Unterguggenberger, Eve Schiefer & Silvia Wieser/Caritas; Doris Brenner & Aleksandra Kolodziejczyk/Diakonie; Daniel Bacher, Ingrid Pintaritsch & Isabelle Schützenberger/DKA; Martina Luger/H3000; Robert Ottitsch/HOPE87; Alexander Oeze/ÖRK; Walter Bauer, Joachim Raich/Südwind; Judith Zimmermann-Lackner/KOO; Lukas Wank, Hannah Hauptmann & Sophie Veßel/AG Globale Verantwortung

AG Migration & Entwicklung (AG M&E): **Michael Fanizadeh**/VIDC; Karen Knipp-Rentrop/CARE; Christoph Riedl/Diakonie; Alfons Drexler/DKA; Eduard Trampusch/ÖRK; Stefan Grasgruber-Kerl, Teclaire Ngotam/Südwind; Christoph Riedl/Diakonie; Janine Wurzer & Claudia Thallmayer/WIDE; Lukas Schlögl/ÖFSE; Hannah Angerbauer/KOO; Lukas Wank & Johannes von Loën/AG Globale Verantwortung; sowie als Expert*innen: Heidi Grobbauer/Komment; Andrea Götzelmann-Rosado/IOM; Alexis Neuberg/Radio Afrika TV

AG Plattform Entwicklungspolitische Inlandsarbeit (AG PEPI): **Susanne Loher** & Stefan Grasgruber-Kerl/Südwind; Katharina Hartl/Caritas; Carina Scheibreithner/Diakonie; Alfons Drexler/DKA; Astrid Taus/ICEP; Elisabeth Olischar/IUFE; Barbara Stranzinger/JeW; Magdalena Meier/kfb; Kerstin Plaß/Klimabündnis; Judith Zimmermann-Lackner & Hannah Angerbauer/KOO; Sandra Wölfl/LfdW; Gabriele Slezak/ÖFSE; Sarah Ramkissoon & Maja Spulovic/Oikocredit; Barbara Busch & Christine Annette Schneider/ÖRK; Barbara Huterer/SOL; Stefan Grasgruber-Kerl/Südwind; Martina Neuwirth/VIDC; Markus Meister/WHG; Julia Pichler/Welthaus Linz; Milena Müller-Schöffmann/Welthaus Wien; Lukas Wank/AG Globale Verantwortung, sowie als Expertin: Hannah Satlow/Baobab

Steuerungsgruppe Humanitärer Kongress: Andreas Zinggl/Caritas; Barbara Busch/ÖRK (& Sonja Greiner), Philipp Zwehl/SOS-Kinderdorf⁴⁹ (& David Katzlinger SOS-Kinderdorf International); Marcus Bachmann/Ärzte ohne Grenzen⁵⁰ (& Nina Radovic); Lukas Wank/AG Globale Verantwortung (& Vertreter*in der AG HuHi)

⁴⁹ SOS-Kinderdorf verfügt über eine Stimme.

⁵⁰ Ärzte ohne Grenzen verfügt über eine Stimme.